



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

70. Sitzung (öffentlich)

2. September 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:01 Uhr bis 12:47 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Ausschuss kommt überein, mit dem Tagesordnungspunkt 1 gemeinsam die Tagesordnungspunkte 4 und 15 zu behandeln sowie die Tagesordnungspunkte 11 und 13 gemeinsam aufzurufen.

1 Aktuelle Lage in der Corona-Krise im Kontext des Ausschusses/Quovadis Kitabetrieb?

8

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4470
Vorlage 17/5151

In Verbindung mit:

4 Adipositasprävalenz durch verfehlte Coronapolitik – Maßnahmen entwickeln um Kinder und Jugendliche vor den Folgen des Lockdowns zu schützen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14058

– Abschließende Beratung und Abstimmung

In Verbindung mit:

15 Luftfilter – Sachstand des Programms (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5635

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/14058 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.

2 Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen**40**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13403

Ausschussprotokoll 17/1452

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

- 3 Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und Staatsanwältegesetzes – LRiStaG 42**
- Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13063
- Stellungnahme 17/4201
Stellungnahme 17/4202
Stellungnahme 17/4224
Stellungnahme 17/4186
Stellungnahme 17/4138
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.
- 5 Kinder in Frauenhäusern stärken – Blinde Flecken der Landesregierung beseitigen 44**
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14259
- Wortbeiträge
- 6 Gesetz über den interkollegialen Ärztetausch bei Kindeswohlgefährdung – Änderung des Heilberufsgesetzes (HeilBerG) 45**
- Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14280
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales pflichtig zu beteiligen.

7 Kinder vor ideologischen Irrwegen schützen – am bestehenden Transsexuellengesetz (TSG) und am Paragraphen 45b des Personenstandsgesetzes festhalten **46**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14271

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.

8 Zukunft der Care-Arbeit in NRW sichern – Fachkräftemangel jetzt bekämpfen! **50**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14256

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen.

9 Trauma „Verschickungskind“. Verschickt um gesund zu werden – Demütigung und Gewalt gegen Kinder in Kinderheilanstalten **51**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11175

Ausschussprotokoll 17/1441

Stellungnahmen
17/4054, 17/3988, 17/3990,
17/3989, 17/3976, 17/3975,
17/3982, 17/3984, 17/3973,
17/3974, 17/3944

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt erneut auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses am 28. Oktober 2021 zu nehmen.

- 10 Betreuungssituation der Kinder und Jugendlichen nach der Umwetterkatastrophe** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1])* **55**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5638

– Wortbeiträge

- 11 Stand Personal- und Qualifizierungsoffensive der Landesregierung** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])* **56**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5636

In Verbindung mit:

- 13 Auswirkung der Flugkatastrophe auf die Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe und der Angebote der Familienbildung und -beratung in NRW** *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5638

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu den beiden Tagesordnungspunkten auf die nächste Sitzung des Ausschusses zu vertagen.

- 12 Resolution des Rates der Stadt Herne** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])* **57**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5621

– keine Wortbeiträge

14 **Behandlung von Kindern mit sedierenden Medikamenten** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*) **58**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5619

– Wortbeiträge

Die Beratungen werden auf die nächste Sitzung des Ausschusses vertagt.

16 **Verschiedenes** **61**

– keine Wortbeiträge

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Wolfgang Jörg schlägt vor, mit dem Tagesordnungspunkt 1 gemeinsam die Tagesordnungspunkte 4 und 15 zu behandeln.

Jens Kamieth (CDU) regt darüber hinaus an, die Tagesordnungspunkte 11 und 13 gemeinsam aufzurufen.

Der Ausschuss kommt überein, mit dem Tagesordnungspunkt 1 gemeinsam die Tagesordnungspunkte 4 und 15 zu behandeln sowie die Tagesordnungspunkte 11 und 13 gemeinsam aufzurufen.

1 Aktuelle Lage in der Corona-Krise im Kontext des Ausschusses/Quo vadis Kitabetrieb?

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4470
Vorlage 17/5151

In Verbindung mit:

4 Adipositasprävalenz durch verfehlte Coronapolitik – Maßnahmen entwickeln um Kinder und Jugendliche vor den Folgen des Lockdowns zu schützen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14058

– Abschließende Beratung und Abstimmung

In Verbindung mit:

15 Luftfilter – Sachstand des Programms *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5635

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –, an den Sportausschuss, an den Ausschuss für Schule und Bildung, an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 17.06.2021)

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Lieber Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Die Arbeitsbelastung ist im Moment in Kombination mit COVID, Flut und Afghanistan sehr, sehr hoch. Deshalb bitte ich, wenn ich erst verspätet anwesend sein kann und es Verzögerungen beim Berichtswesen gibt, ein wenig großzügig mit uns umzugehen.

Mit Ende der Sommerferien ist auch in der Kindertagesbetreuung wieder der Regelbetrieb angelaufen. Wir haben uns im Vorfeld mit den Trägern und auch den Eltern zur aktuellen Situation ausgetauscht. Mein Anliegen ist bekannt: Wir wollen Kindern frühkindliche Bildung weiter in vollem Umfang ermöglichen und dies im weiteren Verlauf auch in den Mittelpunkt stellen.

Mit Wirkung vom 20. August 2021 ist die neue Coronabetreuungsverordnung in Kraft getreten. Wir setzen nun auch im Bereich der Kindertagesbetreuung die 3G-Regel und die Maskenpflicht in Innenräumen um. Außer in den Bring- und Abholsituationen der

Eltern ist damit für Beschäftigte, Eltern und Dritte ein Betreten der Angebote nur noch erlaubt, wenn die Personen immunisiert oder getestet sind.

Auch Beschäftigte und Kindertagespflegepersonen, die nicht immunisiert sind, müssen zweimal die Woche einen Test machen. Hier gibt es sowohl die Möglichkeit der beaufsichtigten Beschäftigtentestung als auch eines Bürgertests. Für Kindertagespflegepersonen wird in der Regel ein Bürgertest erforderlich sein. Sofern Eltern oder Dritte anwesend sind, gilt zudem für alle Anwesenden – auch für die Beschäftigten – die Maskenpflicht. In der Betreuung der Kinder gibt es weiter weder für Kinder noch für die Beschäftigten und Kindertagespflegepersonen eine Maskenpflicht. Mit wenigen Ausnahmen sind diese beiden Grundregelungen einzuhalten. Unsere Testlieferungen für Beschäftigte, Kindertagespflegepersonen und Kinder setzen wir zudem fort.

Damit gleichen wir unsere Regelungen an die allgemein gültigen Regelungen an und sorgen so für Transparenz und Nachvollziehbarkeit.

Gleichzeitig – das ist uns wichtig – ist dies auch der Fahrplan zurück in die Normalität. Dieses Zurück zur Normalität ist mir mit Blick auf die Kinder besonders wichtig. Kinder brauchen nach all den Monaten ein verlässliches Angebot. Frühkindliche Bildung soll wieder im Mittelpunkt stehen. Auch für die Kindertagesbetreuung gilt das Ziel, Kindern ein Aufholen zu ermöglichen, wo es nötig ist.

Kinderärztinnen und Kinderärzte bestätigen, das Fehlen von Normalität, die Isolation, der Wegfall von Bildungschancen und Bewegungsmangel sind für Kinder und Jugendliche insgesamt ein größeres Risiko als eine potenzielle Coronainfektion.

Wir alle wissen, wie wichtig die emotionalen und kognitiven Grundlagen der frühkindlichen Phase sind, die hier für das weitere Leben gelegt werden. Die Politik sollte sich nicht über den expliziten Rat der Kinderärztinnen und Kinderärzte hinwegsetzen.

Das aktuelle Infektionsgeschehen zeigt, Corona verbreitet sich primär unter Kindern und Jugendlichen. Wer also Kinder vor einer Infektion schützen will, kann das nur dann wirksam erreichen, wenn er die sozialen Kontakte von Kindern und jungen Menschen einschränkt und ihnen so Bildungs- und Entwicklungschancen nimmt. Genau das macht aber unsere Kinder und Jugendlichen krank. Mit Blick auf die vergangenen schweren Zeiten ist es derzeit nicht vorstellbar, Bildungs- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche wieder einzuschränken; denn das schadet diesen weit mehr als dass es ihnen nützt.

Meine Damen und Herren, ein geordneter Kitabetrieb ist natürlich nur dann möglich, wenn bei einer festgestellten Infektion nicht regelmäßig die gesamte Kitagruppe in Quarantäne muss. Ich habe mich persönlich schon öffentlich dazu bekannt, dass ich es gerade mit Blick auf die Kinder und Jugendlichen für angebracht halte, eine Quarantäne oder Isolation nur für jene, die nachweislich infiziert sind, anzuordnen.

Wir brauchen hier auf jeden Fall eine Anpassung. In welcher Form, das müssen wir aber gründlich, insbesondere rechtlich prüfen. Wir stehen dazu nicht nur auf Landesebene, sondern auch auf Bundesebene mit dem Bundesgesundheitsministerium und dem RKI in einem intensiven Austausch. Kommende Woche wissen wir sicherlich mehr.

Wir hätten uns gewünscht, dass sich die Gesundheitsämter zurückhaltender bei der Quarantäne verhalten hätten. Es wird aber regelmäßig auf das RKI rekurriert. Deshalb ist es wichtig, dass man mit dem RKI zu einer Verständigung kommt.

Zum Monitoring: Während der Sommerpause war das Monitoring des MKFFI ausgesetzt. Seit dem 17.08. fragen wir wieder wöchentlich in den 10.600 Kindertageseinrichtungen sowie in den Jugendämtern die Situation in der Kinderpflege ab.

Über die Meldungen nach § 47 SGB VIII haben wir auch in der Sommerpause das Infektionsgeschehen weiter beobachtet. Die aktuellen Zahlen zu den Schließungen und Infektionen sind nicht abschließend, da die Zahlen über die Schließung fortlaufend und teilweise rückwirkend gemäß § 47 SGB VIII gemeldet und in die Listen der Landesjugendämter eingearbeitet werden.

Durchschnittlich waren im August nach den bisher vorliegenden Meldungen an einem Tag montags bis freitags 103 Einrichtungen teilweise und elf Einrichtungen komplett wegen Infektionsschutzmaßnahmen geschlossen. Insgesamt waren dies im Schnitt 1,1 % der Einrichtungen. Das ist eine relativ geringe Zahl, aber dennoch bin ich der Meinung, dass es hier Veränderungen braucht, um zu noch geringeren Zahlen zu kommen. Dazu habe ich eben ausgeführt.

Laut den bisher vorliegenden Meldungen, die dem MKFFI von den Landesjugendämtern vorliegen, waren im Laufe des August von den rund 10.600 Einrichtungen 348 Kindertageseinrichtungen teilweise und 49 Kindertageseinrichtungen komplett wegen Infektionsmaßnahmen geschlossen.

Laut den bisher vorliegenden Meldungen nach § 47 SGB VIII, die dem MKFFI von den Landesjugendämtern vorliegen, waren im Laufe des August 514 Kinder und 215 Beschäftigte in der Kindertagesbetreuung infiziert. Für die 34. Kalenderwoche meldeten 111 Jugendämter 61 zeitweise Schließungen in der Kindertagespflege wegen Quarantäne. Diese und weitere Zahlen finden Sie zudem auch auf unserer Homepage.

So weit zunächst.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Gibt es Wortmeldungen? – Herr Maelzer.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Vielen Dank, Herr Minister, für den Bericht. Bei mir ist besonders Ihre Aussage hängengeblieben, man müsse auf die Kinderärzte hören. Da dürfe sich Politik nicht anders entscheiden. Als Nächstes haben Sie gesagt, von den Gesundheitsämtern hätten Sie erwartet, dass sie zurückhaltender vorgehen und sich nicht an dem orientieren, was das RKI sagt.

Ich finde, diese Gegenüberstellung ist ein wenig schwierig; denn wer sagt, dass die Expertise von Kinderärzten immer die bessere ist als die der Gesundheitsämter? Wir haben es mit unterschiedlichen widerstreitenden wissenschaftlichen Meinungen zu tun. Ich finde, Politik muss abwägen – ja –, aber sie darf sich nicht einfach nur das aussuchen, was politisch am Genehmsten ist.

In der Vergangenheit haben wir aber schon gehört, dass Sie aber bei der Frage der Einschätzung mit dem RKI öfter auseinanderliegen. Das sehen wir auch heute noch; denn das RKI, das Robert Koch-Institut, empfiehlt den Einsatz von PCR-Lollitests in Kitas. Dieser Empfehlung wollen Sie in dieser Form nicht folgen. Sie sagen, Sie bekommen das flächendeckend landesweit nicht hin. Es ist aber etwas anderes, wenn man sagt, man bekommt es selbst nicht hin, man dann aber den Kommunen noch Steine in den Weg legt.

Ich glaube, erst gestern oder vorgestern kam die Vorlage des Finanzministeriums, dass die Landesunterstützung bei PCR-Lollitests gekürzt werden soll. Ich glaube, das ist in einer Situation, in der wir hohe Inzidenzen bei Kindern und Jugendlichen haben, das vollkommen falsche Signal. Wir müssen jetzt die Kommunen mehr darin unterstützen, dass sie diese sicherere Form der Testung bei sich vor Ort vornehmen können. Sie tun das Gegenteil. Das ist angesichts der Entwicklung der Coronapandemie, die sich jetzt verstärkt in unseren Bildungseinrichtungen oder zumindest für Kinder im Alltag, in dem sie in Bildungseinrichtungen sind, vollzieht, das vollkommen falsche Signal.

Genau das schreiben Ihnen auch die kommunalen Spitzenverbände. Die kommunalen Spitzenverbände schreiben Ihnen, die Kürzung, die Sie vorhaben, entspricht nicht dem, was an Geldmitteln vorhanden ist, und sie wünschen sich, dass mehr PCR-Lollitests in den Kitas ermöglicht werden.

Wenn man über Sicherheit spricht, wenn man das gemeinsame Ziel hat, das wir, glaube ich, alle in diesem Raum haben, dass wir die frühkindliche Bildung aufrechterhalten wollen, dann muss man diese Sicherheitsmaßnahmen unterstützen und nicht an der Stelle Anstrengungen zurückfahren. Das ist der falsche Weg.

Das Gleiche gilt auch für das Thema „Luftfilter“. Da hat die Landesregierung bis vergangenen Freitag und damit bis nach den Sommerferien gebraucht, bis jetzt endlich die Regularien für die Kitas und Schulen feststehen.

In der Sommerpause habe ich mit Kitaträgern gesprochen und gefragt: Wisst ihr jetzt, was zum Thema „Luftfilter“ kommt? Gibt es wenigstens schon einmal Hinweise, auch wenn das jetzt noch nicht alles fixiert ist? Die wussten von nichts. Diese Landesregierung hat den gesamten Sommer gebraucht, um Regelungen zu erlassen, die im Endeffekt nicht dazu führen werden, dass wir flächendeckend den Einsatz von Luftfiltern haben, sondern nur in sehr ausgewählten Räumen. Da hat sie wieder einen Sommer verstreichen lassen. Ich weiß, jetzt wollen Sie die Schuld gerne auf andere Ebenen abschieben, aber andere Bundesländer waren da durchaus weiter. Schauen Sie nach Hamburg, schauen Sie nach Bremen, schauen Sie beispielsweise nach Bayern. Die haben das auch früher hinbekommen als Nordrhein-Westfalen. Das halte ich für ein großes Versäumnis.

Wir haben vor der Sommerpause darüber diskutiert, dass Corona nach den Sommerferien auch und gerade in unseren Kitas nicht vorbei sein wird. Wenn wir von Inzidenzen sprechen, die oft dreimal so hoch wie in der Gesamtbevölkerung in unseren Kitas und unseren Schulen sind, dann war es eben ein großer Fehler, das Alltagshelferprogramm am Ende des vergangenen Kitajahres zu beenden. Noch immer gibt es bei den

Hygienemaßnahmen einen Haufen Arbeit in unseren Kitas. Da wären die Alltagshelferinnen und Alltagshelfer weiterhin eine gute Unterstützung gewesen. Es ist für mich immer noch unverständlich, weshalb Sie da keine Bereitschaft gezeigt haben, dieses Programm zu verlängern.

Ich will aber mit zwei sehr konkreten Fragen schließen, die, glaube ich, für viele in der Landschaft wichtig sind, weil da noch Unsicherheiten bestehen.

Sie haben Coronabetreuungsverordnung angesprochen. Da ging es auch darum, dass Beschäftigte entweder geimpft oder getestet sein müssen. Wenn man sich die Paragraphen anschaut, dann ist das manchmal missverständlich. Wenn sich eine Beschäftigte oder ein Beschäftigter in der Kita weder hat testen lassen noch immunisiert ist, darf diese Person dann überhaupt nicht mit Kindern arbeiten oder reicht es, wenn sie tagsüber eine Maske trägt? Was sagt dazu konkret die Betreuungsverordnung aus? Gar nicht oder reicht eine Maske?

Meine zweite Frage bezieht sich auf den Bereich Luftfilter. Da ist von Räumen die Rede. Ich frage einmal ganz konkret: Ist ein Flur auch ein Raum? Weil wir haben natürlich die Situation, dass viele Flure nicht gelüftet werden können, wir dort aber mit sehr vielen Menschen auch von außerhalb der Einrichtung in Kontakt kommen. Können Luftfilter also auch für nichtlüftbare Flure eingesetzt werden?

Vorsitzender Wolfgang Jörg : Vielen Dank, Herr Dr. Maelzer. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir wie immer im Stream sind. Man kann uns also im Internet verfolgen. – Frau Dworeck-Danielowski, bitte.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Auch von meiner Seite aus vielen Dank für den Bericht, den ich nicht aus meiner Position als Mandatsträgerin, sondern insbesondere als Mutter extrem begrüße.

Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Dr. Maelzer, bin ich froh, dass sich die Landesregierung eher an der Expertise von Kinder- und Jugendärzten sowie Kindertherapeuten als am RKI orientiert, dessen Vorsitzender immerhin Tierarzt ist. Vielleicht kann man Corona bei Kindern nicht vergleichen, um die Infektionen zurückzuhalten, wie das bei – was weiß ich – bei einer Schweineherd geschieht, um die Klauenseuche zu unterbinden. Deshalb bin ich froh, dass wir uns hier eher an Kinderärzten und Kindertherapeuten und nicht an Tierärzten orientieren.

Es bewegt mich sehr oder ich finde es sehr erfreulich, wenn man den Unterschied sieht. Die meisten von uns hier haben auch Kinder. Natürlich konnte man die Einschränkungen in der Coronazeit, wo sie gegebenenfalls auch notwendig waren usw., ertragen. Kinder sind wahnsinnig anpassungsfähig, und alle haben das Beste daraus gemacht. Man sieht aber auch jetzt den himmelschreienden Unterschied, wie die Kinder – auch die Grundschul Kinder und die Kindergarten Kinder – durch die Rückkehr in die Normalität wieder aufblühen. Das ist doch überhaupt kein Vergleich. Sie sind wieder spontan, glücklich, fröhlich, aufgeschlossen und kreativ. Man hatte vorher das Gefühl gehabt, obwohl man noch nicht einmal von einer Depression sprechen konnte, wie lethargisch die meisten Kinder waren, während sie jetzt wieder aufblühen. Sie haben

wieder Sportunterricht, sie haben wieder Sportkurse, es wird wieder Musik angeboten. Wenn man den Unterschied von vorher zu jetzt sieht, dann ist es doch offensichtlich – sogar ohne dass tatsächlich etwas diagnostiziert wurde oder es zu den vielen schlimmen Fällen kam, die tatsächlich stationär psychiatrisch behandelt werden mussten oder sonst was –, was das mit den Kindern gemacht hat.

Da muss ich sagen, ich bin absolut glücklich darüber, dass hier die Einschätzung geteilt wird und dem Rat der Kinderärzte gefolgt wird, dass eine Infektion – Sie haben gerade die Inzidenzwerte angesprochen, die bei den Kindern und Jugendlichen in der Tat aktuell deutlich höher liegen als bei der restlichen Durchschnittsbevölkerung – von Kindern vielleicht auch besser verkräftet werden kann. Bis dato waren wir auch der Meinung, dass es für das Immunsystem von Kindern durchaus gut ist, einmal eine Infektion durchzumachen. Wir haben auch in der Vergangenheit nicht jede Infektion bei Kindern verhindert. Das haben wir natürlich da durch Impfungen gemacht, wo der Nutzen der Infektionsverhinderung gegenüber einer durchgemachten Infektion deutlich überwiegt, wie zum Beispiel bei Masern, aber ansonsten ist doch die Aussagekraft der Inzidenzwerte, die Sie gerade angesprochen haben, bisher relativ gering.

Ich habe nichts darüber finden können – vielleicht haben Sie bessere Rechercheergebnisse –, wie viele Kinder von denen, die positiv getestet wurden, tatsächlich schwere Verläufe hatten, wie die Hospitalisierungsraten von Kindern usw. Diese Daten liegen überhaupt nicht vor. Es liegt irgendwie auf der Hand, dass Kinder natürlich dadurch, dass sie als einzige Gruppe oder eine der Hauptgruppen regelmäßig getestet und gemonitort werden, höhere Inzidenzen haben. Die einzige Aussagekraft sehe ich darin, wie viele von den Kindern tatsächlich schwer und auch bedrohlich erkranken, sodass man dann gegebenenfalls andere Maßnahmen ergreifen muss.

Ansonsten begrüße ich insbesondere auch als Mutter den Kurs der Landesregierung. Ich habe auch noch keine andere Mutter in der Kita oder Grundschule getroffen, die das anders sieht. Die meisten sind heilfroh darüber, dass es ihren Kindern jetzt wieder besser geht.

Danke.

Marcel Hafke (FDP): Ich finde, es ist eine bemerkenswerte Debatte, die die SPD wieder zum Einstieg gewählt hat. Die Kitas sind durchgängig seit dem ersten Lockdown offen. Wir stellen eigentlich bis heute fest, dass sie nicht Panademietreiber sind, da auch kein ungeordnetes Infektionsgeschehen ausbricht und alle Kinder massiv erkranken und uns in Krankenhaus kommen. Deshalb finde ich es schon bemerkenswert, welche Debatte Kollege Maelzer anfängt zu führen.

Ich würde empfehlen, einmal einen Blick über den Tellerrand zu werfen und zu schauen, was bei unseren europäischen Nachbarn passiert. Dänemark wird jetzt alle Beschränkungen aufheben. England hat sehr öffentlich einen entsprechenden Kurs gefahren. Weiter sind die Niederlande, Österreich und Italien zu nennen. Es ist also meines Erachtens eine sehr singuläre deutsche Debatte, die wir über Punkte führen, zu denen ich frage, was es den Kindern im Ergebnis bringt. Wir wissen alle, dass das Soziale und die Bildungsgerechtigkeit gerade im Kindergartenalter entscheidend sind.

Ich finde es daher bemerkenswert, wenn sich Gesundheitsbehörden auf eine Bundesbehörde – RKI – beziehen, obwohl das Land mit dem Gesundheitsministerium, dem Schulministerium und auch dem Familienministerium eigentlich sehr klare Ansagen gemacht hat, sodass wir da tatsächlich zu einer Neueinsortierung kommen müssen.

Ich würde die SPD ganz gerne einmal fragen, wie sie sich das mit den PCR-Lollitests vorstellt. Wenn man das machen würde, müsste das auch für die Tagespflege gelten, weil wir beide Systeme gleichbehandeln. Wir haben 18.000 Tagespflegepersonen und 11.000 Einrichtungen. Wie können Sie sicherstellen, dass erstens die Logistik funktioniert, und wollen Sie zweitens alle Kinder verpflichtend testen lassen, auch die Einjährigen, die Sechsmonatigen, die Dreijährigen oder Vierjährigen? Das würde mich schon interessieren, weil es nach meiner Auffassung schon ein Unterschied ist, ob ein Kind ein Jahr oder sieben, acht oder zehn Jahre alt ist und in der Schule getestet wird. Das ist nach meiner Auffassung, so wie ich das erlebe, ein gravierender Unterschied.

Dann kommt hinzu, dass die Kommunen natürlich aktuell in die Lage versetzt werden müssen, Herr Kollege, Lollitests mit PCR durchzuführen. 6 Euro bekommen Sie insgesamt an Erstattung vom Land. 1,50 Euro müssten sie selbst dazu beitragen. Es ist bemerkenswert, dass bis auf wenige Ausnahmen die Kommunen diesen Schritt nicht gehen. Vielleicht ist deshalb die Frage der Praxistauglichkeit und nach der Sinnhaftigkeit einer solchen Forderung tatsächlich einmal zu stellen. Oder sollten wir nicht dahin gehen zu sagen, dass das, was Kinderärzte, Eltern und im Übrigen auch Erzieher fordern, vielleicht der richtige Weg ist, wir Kinder Kinder sein lassen und diese Debatte entsprechend führen?

Beim Thema „Luftfilter“ finde ich etwas schräg, nur dem Land einen Vorwurf zu machen. Der Bund hat bis vor Kurzem noch gebraucht, um überhaupt die entsprechenden Verordnungen und Anordnungen auf den Weg zu bringen, damit sich das Land danach richten kann. Das heißt, da wir nachgeordnet und darauf angewiesen sind, dass Unterstützung aus Berlin kommt, kann man den Weg gehen.

Im Übrigen ist es auch anders als bei der Schuldiskussion. Nach der Kitagesetzgebung ist es so, dass wir eine geteilte Verantwortung zwischen den Trägern, dem Land und den Kommunen haben. Deshalb wäre ich dankbar – so habe ich auch die Debatte vonseiten der SPD verstanden –, dass Sie den Vorwurf, dass nicht ausreichend Luftfilter auf eigene Verantwortung angeschafft wurden an die Kommunen, an die Träger zurückspielen, weil die müssen sich genauso darum kümmern. Es ist nicht nur Aufgabe des Landes, dafür zu sorgen, sondern wie bei der KiBiz-Finanzierung ist von allen drei dafür zu sorgen. Ich würde dann an die Träger weitergeben, dass Sie erwarten, dass sie entsprechend einsteigen.

Die Debatte zu den Alltagshelfern haben wir schon mehrfach geführt. Deshalb finde ich das auch bemerkenswert.

Erstens war vom ersten Tag an mit allen klar und deutlich verabredet, dass das Programm ausläuft.

Zweitens ist das KiBiz in Personalfragen ausfinanziert, und eine Weiterbeschäftigung ist jederzeit – im Übrigen auch schon vor der Coronapandemie – möglich.

Drittens – das haben wir auch diskutiert, Herr Kollege – ist das, was jetzt die Landesregierung angestoßen hat, das größte Rekrutierungs- und Qualifizierungsprogramm, das wir in der Geschichte dieses Landes erleben. Ich glaube, das ist im Ergebnis, wenn man es mittelfristig betrachtet, mehr wert als das, was wir im Moment haben.

Daher bin ich dem Minister und der Landesregierung sehr denkbar für den Weg, den wir gehen, weil er dafür sorgt, dass die Einrichtungen offen bleiben können, mit Augenmaß gehandelt wird und man den Panikmodus, in dem sich die SPD seit Wochen befindet, etwas abrüstet und mit Verhältnismäßigkeit an eine solche Debatte herangeht. Ich finde, das ist genau der richtige Punkt. Ich habe den Eindruck, dass die Eltern genau das rückspiegeln und widerspiegeln. Das sollte dann in dem Augenblick der Maßstab sein, weil Eltern mit den Kindern dann vielleicht entscheiden können, ob das der richtige Weg ist, den wir gehen können.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Josefine Paul (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde es bemerkenswert, dass sich diese Debatte immer in einem Entweder-oder-Modus befindet. Es geht nicht um die Frage, sind Kinder und Kitas Pandemietreiber oder nicht. Nein, wir wissen alle, dass sie keine Pandemietreiber sind. Es geht aber auch gar nicht um diese Frage, sondern es geht um die Frage, Kinder vor Infektionen zu schützen. Ich würde dem widersprechen, dass wir uns da sozusagen auf der sicheren Seite befinden. Wir haben hohe Inzidenzen, und wir wissen leider zu wenig über die Langzeitfolgen. Selbst asymptomatische Kinder können an Long COVID erkranken.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

– Ja, Marcel Hafke, Sie zucken mit den Schultern. Wir wissen einfach nicht, was passiert.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

– Ich sage nicht, dass alle an Langzeitfolgen erkranken werden, aber Sie können genauso wenig sagen, dass sie das nicht tun werden, weil wir es einfach nicht wissen. Langzeitfolgen hat, wie es der Name besagt, auch etwas mit lang zu tun. Wir werden das beobachten müssen, und wir werden das auch weiter erforschen müssen. Man kann das nicht einfach wegnignorieren. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass wir froh sind, wenn sich herausstellt, dass die Auswirkungen nicht schlimm sind, aber wir wissen das nicht. Ich finde es fahrlässig, auf dem Rücken von Kindern einfach zu behaupten, Long COVID spiele da keine Rolle, Langzeitfolgen können wir ausschließen. Nein, das können wir eben nicht. Dazu braucht es mehr Forschung, und es braucht auch eine gezielte medizinische Unterstützung.

Das heißt auf der anderen Seite aber auch nicht, dass es um die Frage geht, entweder auf oder zu, sondern wir sind uns alle miteinander einig, dass Schulen, Kitas, aber im Übrigen auch Jugendeinrichtungen – es geht nicht nur um Schule und Kita, sondern es geht insgesamt um die Lebenswelten junger Menschen – offen bleiben müssen, dass das die Priorität ist.

Dafür haben übrigens auch Erwachsene eine Verantwortung zu tragen. Die Erwachsenen sind dafür verantwortlich, sich impfen zu lassen, um einen Schutz um Kinder und Jugendliche aufzubauen. Das ist ein wichtiger Baustein, aber dazu gehört auch, dass wir dann überlegen, welche Maßnahmen getroffen werden können, um die Einrichtungen jeweils sicherer zu machen. Dazu gehören zum einen die Tests.

Jetzt habe ich sehr viel gehört, wie heiße Kartoffeln hin- und hergeworfen worden sind, weshalb das alles nicht geht. Ich würde aber lieber die Frage andersherum stellen: Was tut das Ministerium zur Ermöglichung? Ja, man kann das möglicherweise nicht alles flächendeckend sofort ausrollen, aber dort, wo die Kommunen es möglich machen können, sollte man die Kommunen weiter ermutigen und unterstützen, damit sie auch die Logistik bewältigen können. Das ist die Diskussion, die wir, glaube ich, führen müssen.

Gleiches gilt im Grunde genommen auch für die Luftfilterdebatte. Auch da möchte ich eigentlich keine Debatte führen, wer möglicherweise irgendwie schuld gewesen sein könnte. Auch da wird Verantwortung hin- und hergeworfen. Es geht jetzt darum zu prüfen – das können natürlich die Einrichtungen am besten –, wo wir Luftfilter brauchen. Es wird in Kitas viele Räume geben, die möglicherweise auch im Winter gut gelüftet werden können, weil es beispielsweise Durchgangsräume zu Spielanlagen draußen sind usw. Wir müssen darüber reden, dort Möglichkeiten zu eröffnen. Wir dürfen nicht nur immer darüber reden, wer was irgendwie versäumt hat.

Wir werden natürlich in der großen Debatte im Plenum noch einmal darüber reden, wer bestimmte Dinge versäumt hat, aber das müssen wir hier nicht vordiskutieren, zumal ich Marcel Hafke bei der Frage recht geben würde, dass bei der Frage der Kitas die Verantwortlichkeit ein bisschen komplexer ist als bei der Frage der Schulen. Trotzdem glaube ich aber, wir müssen darauf setzen zu überlegen, wie wir vor allem für Kinder und Jugendliche eine angepasste Normalität ermöglichen können.

Wir reden immer sehr viel darüber, was alles für Erwachsene möglich sein muss. Dann wird gesagt, wir behaupten einfach einmal, dass wir das für die Kinder auch so hinbekommen. Wir müssen aber doch einmal prüfen, ob wir diesem eigenen Anspruch überhaupt gerecht werden. Das muss eigentlich die Diskussion sein.

Marcel Hafke, wenn Sie sagen, es war von Beginn an klar, dass das Alltagshelferprogramm ausläuft, finde ich, ist das keine besonders intelligente Politik in einer Pandemie. Von vornherein zu sagen, unabhängig davon, wie sich die Pandemie weiterentwickelt, werden wir das Programm auf jeden Fall auslaufen lassen, hat aus meiner Sicht nichts damit zu tun, vernünftig die Entwicklung zu beobachten und dann festzustellen: Kitas sind keine Pandemietreiber. Sie sind auch von Schließungen nicht so stark betroffen. Das ist eine gute Nachricht. Dies aber auch deshalb, weil sie weiterhin die Hygienemaßnahmen einhalten. Das machen jetzt wieder die Fachkräfte selbst.

Wir müssen jetzt nicht die ganze KiBiz-Diskussion aufmachen, aber es ist doch eine Nebelkerze zu behaupten, das KiBiz wäre beim Personalkostenanteil jetzt so ausfinanziert, dass sich natürlich jede Einrichtung, die das möchte, zusätzliches Personal besorgen kann. Ich meine, man kann sehr gut nachvollziehen, dass dem nicht so ist. Vor diesem Hintergrund finde ich, es ist etwas kurzgesprungen, dass jetzt gesagt wird,

wir haben das doch von Anfang an gesagt. Das wird der Situation aus meiner Sicht nicht gerecht. Die Verbände und Kitaträger sagen im Übrigen, dieses Programm hat sich bewährt. Sie hätten in der aktuellen Situation, die immer noch Infektionsschutzmaßnahmen erfordert und damit einen Mehraufwand begründet, diese Kräfte sehr gut in den Einrichtungen gebrauchen können. Es ist schade, dass das jetzt nicht der Fall ist.

Über die Frage, wie gut das Qualifizierungsprogramm im ersten Schritt angelaufen ist – ich will mich gar nicht über das Qualifizierungsprogramm beschweren – und wie historisch das schon wieder ist, was die Landesregierung hier gemacht hat, werden wir uns vielleicht zu einem anderen Tagesordnungspunkt noch einmal unterhalten.

Jens Kamieth (CDU): Meine Damen und Herren! Es ist schon sehr viel auch Richtiges gesagt worden, aus meiner Sicht naturgemäß vor allen Dingen von Marcel Hafke.

([Heiterkeit – Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD]])

Ich möchte aber trotzdem noch einmal auf zwei Punkte explizit eingehen.

Zum einen auf das, was der geschätzte Kollege Dr. Maelzer zu den Luftfiltern gesagt hat. Das ist doch eine Schimäre. Ich weiß auch nicht genau, wen Sie mit Ihrer Kritik treffen wollen. Wenn ich die Förderrichtlinien richtig lese, sind das Landesprogramm und das Bundesprogramm weitgehend deckungsgleich. Das heißt, auch Sie bzw. Ihre Mitstreiter in Berlin hätten die Möglichkeit gehabt, in Berlin ein völlig offenes Programm auf den Weg zu bringen. Es scheint nun einmal einfach so zu sein, dass auch da wissenschaftliche Expertise auf die Beratungen Einfluss mit dem Argument hat, dass auch Luftfilter das Lüften nicht komplett vermeiden. Das sagen alle Wissenschaftler. Wir haben das auch lokal in meiner Heimat immer wieder diskutiert. Letztendlich ist es in der Tat ein gewisses Plus an Sicherheit, aber es ist nicht der durchschlagende Erfolg in der Pandemiebekämpfung, weil zum einen natürlich noch gelüftet werden muss und zum anderen die anderen Hygienemaßnahmen sehr viel wichtiger sind. Deshalb immer noch den Luftfiltern zu rufen, ist genau die Skandalisierung und Dramatisierung, die Marcel Hafke angesprochen hat.

Gerne auch einen Satz zur geschätzten Kollegin Paul zum Stichwort „Alltagshelfer“. Es ist nun einmal so, dass es Vertragsgrundlage war, dass die nicht bis in alle Ewigkeit zusätzlich finanziert werden sollten, und das auch zu Recht. Es besteht für eine zusätzliche Finanzierung kein Bedarf. Da muss man sich auch einmal ehrlich machen.

Wir hören permanent den Ruf nach mehr Fachkräften. Man würde keine Leute finden, die man einstellen könne. Überall wird gesagt, wir haben unbesetzte Stellen. Das bedeutet, dass Geld im Topf bleibt. Mit genau diesem Geld könnten die Alltagshelfer, die sich unter Umständen im einzelnen Betrieb, in der einzelnen Kita schon bewährt haben, weiterfinanziert werden. Das wird aber nicht gemacht. Vor dem Hintergrund weiterhin nach dem Land zu rufen, ist eine Optimierungsdiskussion, die wir hier eigentlich nicht führen müssten.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Ich würde gerne eine Mitteilung aus dem Pandemiebegleitgremium anfügen. Im Zuge dieses Pandemiebegleitgremium haben wir in

der vergangenen Woche eine Sitzung durchgeführt, in der es ein Expertengespräch zu Long COVID gab. Alle Experten haben zu Long COVID festgestellt, dass durchaus auch Kinder von Long COVID betroffen sind. Darüber hinaus gibt es auch noch das PIMS-Syndrom. Auch da weiß man ähnlich wie bei Long COVID nicht, in welcher Länge und in welchem Ausmaß Kinder davon betroffen sind. Ich denke, insofern muss für uns Grundlage für alles Denken – das ist hier schon häufiger gesagt worden – die höchste Schutzmöglichkeit für die Kinder sein. Insofern denke ich, ist es ungerechtfertigt, wenn hier von Panikmache die Rede ist, sondern es geht um die Ernsthaftigkeit, mit einem Problem umzugehen. Mit einem Problem, von dem wir viele, viele Seiten noch nicht kennen.

Ich möchte mich auch deutlich Frau Paul anschließen. Man muss nicht immer alles nach Schmerz und Wald diskutieren. Viele Inhalte eines kleinen Gefäßes füllen auch ein großes Gefäß. Insofern könnten verschiedene Maßnahmen additiv zusammengeführt den größtmöglichen Schutz für unsere Kinder ergeben.

In diesem Zusammenhang habe ich Fragen zu den PCR-Lollitests. Ich weiß nicht, ob in dieser Runde bekannt ist, in meiner Heimatstadt gibt es eine große Auseinandersetzung darüber, ob die PCR-Lollitests selbst eingesetzt werden sollen oder nicht. Die Eltern wünschen sich das. Es gibt jemanden, der bereit ist, alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, Fahrdienste zu übernehmen, Labore besucht hat usw. Die Kommune als solche sagt, sie sehe das als schwierig an.

Allerdings will ich berichten, dass ich mit den unterschiedlichsten Personen Gespräche geführt habe, mit Kitaleitungen, Eltern usw. Dadurch ist bei mir ein Bild entstanden, das dazu führt, dass sich eine Rundumablehnung und eine Erschwerung der Situation, PCR-Tests durchzuführen, nicht als günstig herausstellen. Kitaleitungen sagen mir, die Akzeptanz von Antigentests wird immer geringer. Es würden weitaus weniger Eltern die Tests mit nach Hause nehmen, und noch weniger würden sie zu Hause durchführen. Ich glaube, das ist ein Umstand, den wir nicht einfach so vom Tisch wischen dürfen. Wir sollten schon ernst nehmen, dass dann, wenn nicht geimpft wird, die Testung das probateste Mittel ist, um eine Durchseuchung zu verhindern.

Ebenso sagen mir Kitaleitungen, die testen, wie zum Beispiel aus Köln, Dortmund, Düren und Mönchengladbach, dass man es sicherlich am Anfang mit den Kindern einüben muss, den Test durchzuführen, aber nach einer kurzen Zeit die Kinder es schon im Alter von zwei Jahren sehr gut beherrschen, den Test unter Anleitung durchzuführen. Deshalb meine Frage: Wo liegen die Hindernisse, dass man sagt, wir ermöglichen die PCR-Lollitests so, dass nicht jede einzelne Kommune mit der Landesregierung eine Vereinbarung treffen muss, sondern es eine Möglichkeit gibt, damit man das Ganze schnell umsetzen kann?

Danke.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Ich finde auch, in dieser Debatte ist schon vieles Richtige gesagt worden, naturgemäß finde ich, von Frau Paul und von Frau Voigt-Küppers.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wir haben es in der Tat damit zu tun, dass wir die Debatte nicht schwarz-weiß führen sollten. Wir sind alle glücklich darüber, dass in den allermeisten Fällen eine Coronainfektion bei Kindern und Heranwachsenden mild verläuft. Das darf uns aber nicht die Augen davor verschließen lassen, dass natürlich auch Gefahren an der Stelle drohen. Frau Voigt-Küppers hat es eben angesprochen, Long COVID ist ein Thema. Auch das PIMS-Syndrom ist ein Thema.

In der Sommerpause hatte ich die Möglichkeit, mit einem leitenden Arzt einer Kinderklinikstation sprechen zu dürfen. Er sagte, was das PIMS-Syndrom angeht, liegen wir genau in diesem Schnitt. Eins von 1.000 Kindern wird mit diesem Syndrom, wenn es sich vorher mit Corona infiziert hat, zu tun haben. Das Problem ist nicht die große Gefahr, dass Kinder daran versterben; denn wenn früh behandelt wird, findet das nicht statt. Die Langzeitfolgen, die dann aber viele Kinder mit Herzproblemen und Gefäßkrankungen haben werden, sind etwas, das gerade mit diesem Syndrom einhergeht und das ich vielen Kindern ersparen möchte.

Ich möchte es übrigens auch im Gegensatz zu einer Vorrednerin vielen Kindern ersparen, an dem Coronavirus zu erkranken. Eben war die Rede davon, dass der Kontakt zu Viren für Kinder auch etwas Positives haben könnte. Ich glaube, keine Coronainfektion eines Kindes hat etwas Positives an sich. Ich glaube, das ist etwas, was wir möglichst verhindern sollten.

Herr Hafke hat das Thema „PCR-Lollitests“ angesprochen. An der Stelle zitiere ich, was die kommunalen Spitzenverbände sagen. Die sagen, die Kommunen bringen sich zudem zusätzlich selbst zum Beispiel durch die Bereitstellung eigenen Personals im Rahmen der Logistik ein. Wenn nunmehr nicht ansatzweise die Kosten für Tests und Laborkosten der an dem Verfahren beteiligten Kommunen erstattet werden, stehe zu befürchten, dass Kommunen zukünftig auf die Durchführung von PCR-Testungen verzichten. Weiter: Insofern bitten wir darum, die bisherige Finanzierung des Landes in Höhe von 7,50 Euro pro Woche und zu testender Person fortzuführen. Es wäre auch wünschenswert, wenn das Personal einbezogen werden könnte. –

Diese Landesregierung hat uns immer erklärt, die PCR-Lollitests würden nicht am Geld scheitern. Sie würden an logistischen Herausforderungen scheitern, aber nicht am Geld. Hier haben wir schwarz auf weiß stehen, es scheitert am Geld, und diese Landesregierung ist nicht bereit, die notwendigen Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Das halte ich nach wie vor für einen entscheidenden Fehler.

Das Gleiche gilt auch beim Thema „Luftfilter“. Ich finde es spannend, für die regierungstragenden Fraktionen ist immer jemand anders verantwortlich. Für Herrn Hafke ist das Land Nordrhein-Westfalen nur noch eine nachgeordnete Behörde des Bundes. Das ist ein spannendes Demokratieverständnis. Auch Herr Kamieth sagt, das hätte alles der Bund regeln können.

Wir tragen hier in Nordrhein-Westfalen Verantwortung. Ich vergleiche mich mit anderen Bundesländern. Ich sage es noch einmal: Hamburg geht einen anderen Weg. Bremen geht einen anderen Weg. Die CSU in Bayern geht auch einen anderen Weg. Ich glaube aber, das Verhältnis zur CSU ist zurzeit eher mit Tränen belastet, wenn ich das von CDU-Seite betrachte.

Haben diese Luftfilter eine Wirkung? Ja, natürlich. Sie haben eine entscheidende Wirkung. Wir wissen das aus dem Bereich von Schulen. Die Kombination aus Abstand, Maske tragen und Luftfiltern führt dazu, dass die Gefahr, sich als Schülerin oder Schüler zu infizieren, um das 30-fache geringer ist. Das ist also eine ganz zentrale Verbesserung der Sicherheit. Das würde selbstverständlich auch für unsere Kitas gelten.

Zum Alltagshelferprogramm haben wir eben schon sehr bedauert, dass sich Corona einfach nicht an die Zeitpläne der Landesregierung hält. Zu behaupten, es wäre aber genug Geld vorhanden, damit die Träger das aus eigener Kraft finanzieren können, und dann noch den Vorschlag zu machen, das Geld, das für Fachkräfte eingesetzt werden soll, für Alltagshelfer einzusetzen, ist so weit jeglicher Fachdebatte, dass mir das schon fast körperliche Schmerzen bereitet. Ihre Vorstellung, als hätten Sie irgendwann einmal ein Füllhorn über den Kitas ergossen und auf einmal wäre alles möglich, ist außerhalb jeder Realität. Es ist besonders schmerzlich, dass Sie diese Realitätsverweigerung auch zu Zeiten einer Pandemie aufrechterhalten.

Frank Müller (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe immer wieder in die Sitzungen und sage, wenn Herr Hafke spricht, halte dich zurück, lass deinen Arm auf dem Tisch liegen, aber es gelingt mir einfach nicht. Insofern würde ich gerne noch ein paar ergänzende Anmerkungen in der Hoffnung machen, auch wenn ich keine eigenen Kinder habe, Frau Dworeck-Danielowski, dass ich trotzdem etwas Sinnstiftendes beitragen kann. Zumindest kann ich einen gewissen Blick aus Trägerseite einbringen. Das hat mir der Minister noch vor der Sommerpause in der Plenarsitzung zum Vorwurf gemacht. Ich finde, manchmal nutzt es mehr als es schadet, einen Blick in die Praxis zu haben.

Zu keinem Zeitpunkt hat jemand in der Sitzung behauptet, dass Kitas Pandemietreiber seien. Ebenso sollten Kitas offen bleiben. Ich glaube, das ist von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern eindeutig klargestellt worden.

Ich würde aber noch einmal kurz auf das Thema „Alltagshelfer“ eingehen und kurz geraderücken, wie da der aktuelle Sachstand ist. Weil wir ein Fachausschuss sind, sollten wir das auch fachlich diskutieren, da wir das insbesondere vor der Sommerpause im Plenum schräg diskutiert haben. Da stand auch die Behauptung im Raume, das könne man aus den KiBiz-Mitteln tun. Sie können Herrn Staatssekretär Bothe fragen, der im Anschluss daran ein Tag später mit mir im Gespräch war. Ich glaube, ich zitiere Sie nicht falsch, wenn ich sage, Sie hätten die Fachabteilung abgefragt, die gesagt habe, Herr Müller habe recht, weil man aus den KiBiz-Mitteln insbesondere die Fachkräfte nicht finanzieren könne. Herr Hafke, Sie hatten das in der Plenarsitzung behauptet.

Es hat jetzt eine Klarstellung aus dem Ministerium gegeben, dass man zumindest temporär Mittel umwidmen können bzw. sie nicht zurückgefordert würden, wenn man temporär Alltagshelferinnen und Alltagshelfern noch einmal eine Verlängerung anbiete. Das ist natürlich – das muss man auch sagen – nur eine Teillösung, weil damit natürlich nicht am Status quo angeknüpft wird, dass jede Einrichtung die Chance hatte, eine Alltagshelferin oder einen Alltagshelfer zu haben. Das ist schlichtweg bedauerlich. Das ärgert mich ein Stück weit, weil eigentlich haben wir alle miteinander erkannt, dass die

Alltagshelferinnen und Alltagshelfer nützlich waren und selbst über Corona hinaus eine Wirkung entfalten könnten. Deshalb bedauere ich es, dass wir darüber keine Debatte miteinander führen.

Vielleicht können wir im Zuge der anstehenden Haushaltsberatungen miteinander die Debatte führen, ob es nicht Sinn macht, die Institution der Alltagshelferinnen und Alltagshelfer zusätzlich mit ergänzenden Mitteln zu etablieren, weil dauerhaft werden sie aus den Fachkraftstunden nicht bezahlt werden können. Ich glaube, das würde auch das Ministerium nicht mitmachen. Auch aus den sonstigen Personalkraftstunden sind sie nicht finanzierbar, weil die in der Regel von den Kitas für anderes verausgabt werden, wie Köchinnen und Köche, andere Förderangebote, logopädische Förderung etc., also all das, was Kitas machen, um die Qualität zu steigern. Insofern würde ich persönlich mir eine Debatte wünschen, die mit Blick auf die Alltagshelferinnen und Alltagshelfer nach vorne schaut, und nicht einfach im Raum stehen zu lassen, wir können sie fröhlich weiterbezahlen, das Geld ist da. Nein, das Geld ist nicht da. Es ist ein wenig Geld da. Wenn ich nachweislich keine Fachkraft beschäftigen kann, wurde das Landesjugendamt angewiesen, diese Mittel nicht zurückzufordern. Das ist aber nur eine Teillösung und aus meiner Sicht keine, die langfristig trägt. Deshalb der Appell, dass wir vielleicht bei den Haushaltsberatungen ins Gespräch miteinander kommen, wie sinnvoll oder nützlich das sein könnte.

Zu den Luftfiltern nur noch ein Satz. Auch da würde ich mir eine nach vorne gerichtete Debatte wünschen. Ich glaube, es ist hinlänglich dargelegt worden, dass sie nicht ganz unnützlich sind. Sie werden auch nach Corona nicht ganz unnützlich sein. Wir haben beim ersten Lockdown oder auch bei verstärkten Hygieneanstrengungen in den Kitas gemerkt, dass andere Infektionskrankheiten wie Noroviren und all das, was einmal durch die Kitas geht, nicht mehr eine so einschlagende Wirkung hatten und dadurch die Krankenstände durchaus gesenkt werden konnten.

Natürlich würde ich mir wünschen, dass wir nach vorne gerichtet debattieren, dass Luftfilter eine sinnvolle, ergänzende Maßnahme in Kitas, aber auch beispielsweise in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen sein können, um grundsätzlich die Hygienestandards zu heben und dazu beizutragen, dass bestimmte Infektionskrankheiten zurückgedrängt werden können. Ich glaube, das dürfte sich positiv auf den Kitabetrieb allgemein auswirken. Ich finde, Luftfilter sind keine nutzlose Investition, sondern sie sind an dieser Stelle eine sinnvolle Investition in die Zukunft. Ich würde mich freuen, wenn wir das auch nach vorne gerichtet diskutieren können.

Kein Träger wird sich das leisten können. Das ist mein letzter Satz, den Sie mir erlauben. Lieber Jens Kamieth, das muss in den Ohren von Fachkräften und Trägern schon recht empörend klingen.

Entschuldigung, jetzt tue ich Ihnen unrecht. Herr Hafke hat das mit der geteilten Verantwortung von Trägern gesagt. Es ist schön, dass man eine geteilte Verantwortung hat, aber wenn man das Geld nicht hat, um zu dieser geteilten Verantwortung beitragen zu können, weil man mit Steinen diese Luftfilter schlichtweg nicht bezahlen können, frage ich mich, wie man dann Verantwortung nachkommen kann. Dann müsste der, der hier A sagt, auch B sagen und dazu beitragen, dass Träger in die Lage

versetzt werden, das zu tun. Ich glaube, dann hört sich das in den Ohren von denen schon ein Stück weit zynisch an.

Marcel Hafke (FDP): Es wäre mir fast ein Vergnügen, die KiBiz-Debatte erneut zu eröffnen und auch einmal über die Trägerverantwortung zu sprechen. Es ist schön, wenn wir verantwortliche Träger hier auch als Abgeordnete sitzen haben. Ich stelle mir vor, wie das im Wirtschaftsausschuss gesehen würde, wenn dort der Bayer-Vorstand als Abgeordneter sitzen würde, wie die Debatte laufen würde, aber das nur am Rande. Darüber kann man einmal nachdenken.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Im Stadtrat wird das auch anders gesehen, aber okay.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Im Stadtrat gehen diejenigen, die betroffen sind, aus solchen Debatten raus. Das ist aber ein anderer Punkt.

Ich finde das immer bemerkenswert, weil wir zum KiBiz auch darüber gesprochen haben, wie die Verantwortung von Trägern aussieht und wie Finanzierungsformen aussehen. Ich erinnere mich noch, dass unter Rot-Grün die Träger angemeldet haben, sie wären kurz vor der Pleite – sowohl Kommunen als auch Träger – und wir zwei Rettungspakete auf den Weg gebracht haben. Herr Kollege, Sie erinnern sich. Danach haben wir das Kinderbildungsgesetz auskömmlich finanziert. Bei der Anhörung war ich anwesend. Es kam nicht von einem einzigen Beteiligten zu den Personalkosten irgendeine Kritik, dass das nicht ausfinanziert wäre. Es gab einige, die angefangen haben, über Sachkosten zu diskutieren, was jahrelang vorher nicht gemacht wurde. Zu den Personalkosten gab es keine Kritik. Insbesondere sogar die Verabredung ...

(Frank Müller [SPD]: Das ist falsch!)

– Dann waren Sie in einer anderen Anhörung. Sie müssen einmal von Ihren SPD-Veranstaltungen weggehen und probieren, die Parlamentsdebatten Revue passieren zu lassen

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

und das nicht nur intern bei Ihnen zu bereden.

Es besteht also die heute noch in der Fachszene anerkannte Situation, dass die Personalkosten auskömmlich sind. Nicht umsonst, Herr Kollege, haben wir dort einen Index hinterlegt, der genau die Steigerungen der Zukunft abbildet.

Wie welche Verantwortung unter den Kriterien Fachkraftstunden und sonstige Kräfte angelegt wird, muss natürlich jede Kita in eigener Verantwortung entscheiden und schauen, wie sie damit klarkommt. Das können wir doch nicht flächendeckend im Land mal eben so lösen. Ich bin der Letzte, der ein Problem damit hat, dass wir nicht ausreichend Geld in das System geben, aber ich sage noch einmal: Es gab keine Regierung, keine Koalition vorher, die strukturell 1,3 Milliarden Euro zusätzlich in das System verhandelt hat, ohne Träger zusätzlich zu belasten.

Deshalb denke ich, wir sollen zuerst einmal das machen, was im Gesetz steht, Herr Kollege. In ihm steht eine Evaluation. Die Regierung hat das angestoßen. Die läuft. Ich weiß, dass Rot-Grün darüber lacht, weil Evaluierung und Ähnliches sind nicht ganz Ihr Maßstab.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wir haben das also auf sichere Beine gestellt. Daher finde ich, ist diese Debatte eher nach vorne gerichtet und zielführender, als hier kurz vor dem Wahlkampf mit einem solchen Getöse anzufangen.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Es gibt Verabredungen, die man über den Weg, den man gehen muss, mit allen Beteiligten treffen muss. Natürlich beschwert sich keiner über zusätzliches Geld. Wer macht das denn?

Die Frage ist aber doch, was im System dauerhaft finanzierbar und auskömmlich ist und wer welche Verantwortung trägt. Da finde ich das Auftreten der SPD-Abgeordneten durch die Bank bemerkenswert, weil die Regierung genau das gemacht hat. Die Grünen, Josefine Paul, haben gerade gesagt, nach vorne schauen. Es gibt die Möglichkeit, PCR-Tests flächendeckend zu machen. Jede Kommune kann das machen und diesen Weg gehen.

Es steht aber nirgendwo, dass alle Kosten, alle Strukturen ausschließlich das Land zu zahlen hat. Die Kommunen fordern 7,50 Euro, Herr Kollege. Die Landesregierung hat gesagt, sie übernimmt 6 Euro davon. Wenn man einen Weg abgekoppelt von den Regelungen im Land gehen will, kann man an dieser Stelle einen eigenen Weg gehen. Das steht jedem frei, und das machen auch einige Städte.

Gleiches gilt im Übrigen für die Luftfilter. Dort kann sich die Kommune, der Träger oder auch das Land überlegen, zusammen mit den Landes- und Bundesmitteln Luftfilter anzuschaffen, so wie dies in anderen Ländern auch der Fall ist. Herr Kollege, wenn Sie die drei Bundesländer anführen, die dort einen anderen Weg gehen, ist das angenehm und in Ordnung. Ich habe eben Länder angeführt, die einen komplett anderen Weg gehen. Ich habe sie eben angeführt. Dänemark, England, Niederlande, Italien gehen andere Wege. Da gehen auch nicht die Kinder massenweise über den Jordan, sondern im Gegenteil, die haben dort eine vernünftige Haltung in der Gesellschaft entwickelt. Im Gegensatz zur Schule sprechen wir hier über kein System, bei dem wir eine Kitapflicht haben. Das darf ich auch noch einmal in den Vordergrund stellen.

(Zurufe von Josefine Paul [GRÜNE] und Frank Müller [SPD])

Bei einem Punkt würde ich Josefine Paul gerne zustimmen und dafür werben, nämlich dass wir auf jeder Ebene – Kommune, Bund und Land – zum Thema „Forschung zu Long COVID“ etwas mehr Verantwortung und Perspektive einfordern. Da werden nämlich im Moment eher Mutmaßungen und sehr wenige wissenschaftliche Grundlagen in den Raum gestellt. Es gibt nach meinen Recherchen nur eine verlässliche Studie, die aus Australien kommt. Es sind 3.000 Infizierte im vergangenen Jahr zum Thema „Long COVID“ befragt und untersucht worden, die im Übrigen nicht nach Altersgruppen aufgeteilt worden sind. Es wird also nicht gesagt, Long COVID bei Kindern, sondern sie

bezieht sich auf alle Infizierten. Dabei kamen bemerkenswerte Ergebnisse heraus. Darin steht zum Beispiel, dass 80 % aller Infizierten nach einem Monat genesen waren. 5 % hatten nach drei Monaten geringere Symptome. Young people recoverd better. Junge Menschen werden deutlicher schneller gesund. Es gibt nach dieser Studie keine Erkenntnisse, dass gerade kleine Kinder dauerhaft langfristig davon betroffen sind.

Insbesondere gibt es im Moment keine Studie, die besagt, dass man mit Long COVID – was der Name impliziert – ein Leben lang zu kämpfen hätte und das ein Effekt ist. Long COVID heißt bislang, dass man nach drei Monaten noch gewisse Symptome aufweist. Wissenschaftler ziehen daraus die Erkenntnis – ich weiß nicht, ob Sie die Kollegen auch zu Gast hatten, Frau Voigt-Küppers – und sagen, dass die Symptome teilweise aber auch aus dem Lockdown heraus kommen können und gar auf COVID zurückzuführen sind. Schwere Depressionen, Depressionen, Müdigkeit und Ähnliches können nämlich auch mit Lockdownsituationen, wie wir sie im vergangenen Jahr hatten, zusammenhängen. Das würde im Übrigen dem entsprechen, was uns Kinderärzte flächendeckend in ganz Deutschland zurückspiegeln, nämlich dass durch den Lockdown Symptome bei Kindern aller Altersklassen eingetreten sind und damit natürlich auch bei Kindern, die COVID hatten.

Daher wäre ich sehr dankbar dafür, wenn wir in Deutschland eine entsprechende Forschung hätten. Die müssen die Bundesregierung, die Landesregierungen und im Übrigen auch gerne die Kommunen und die Universitäten in Auftrag geben und das nach vorne bringen,

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

damit wir nicht nach Bauchgefühlen diskutieren, sondern das mit Fakten hinterlegen können. Deshalb wäre ich dankbar – den Appell will ich dann doch zurückspielen –, dass wir nicht deshalb, weil es entsprechende Symptome gibt, von denen wir nicht wissen, wo sie genau herkommen, den Eindruck vermitteln, dass alle Kinder an Long COVID erkranken und dauerhaft ein Leben lang krank sind.

(Zuruf von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

– Na ja, ich schildere nur meinen Eindruck und das, was in der Debatte ankommt, wenn Sie, Frau Kollegin Voigt-Küppers, von Durchseuchung sprechen. Haben Sie bei Grippeerkrankungen und Ähnlichem in Kitas auch von Durchseuchung gesprochen?

Der Kollege hat gerade gesagt, er will andere Infektionen – Herr Müller hört schon gar nicht mehr zu – aus den Kitas heraushalten. Ich wäre da ehrlicherweise vorsichtig. Mir sagen Ärzte, es ist enorm wichtig, dass Kinder ihr Immunsystem stärken und entsprechende Krankheiten erfahren. Ich bin kein Arzt. Ich kann nicht sagen, dass die dauerhafte Installation von Luftfiltern, das dauerhafte Tragen einer Maske unabhängig von Corona und das dauerhafte Wegschließen von Kindern, damit sie sich möglichst nirgendwo infizieren, ein kluger Weg ist. Im Moment höre ich von Ärzten, Immunologen und Ähnlichen genau etwas anderes.

Deshalb müssen wir aufpassen, wo wir in Zukunft eine Grenze ziehen. Dänemark sagt gerade, dass Corona keine lebensbedrohliche Situation mehr ist und nimmt sämtliche Auflagen für alle Bevölkerungsgruppen zurück. Die Frage ist, wo wir in Deutschland

eine Grenze ziehen und sagen: Corona ist eine lebensbedrohliche Situation, und wir schränken das Leben verschiedenster Menschen, insbesondere das von kleinen Kinder, im Moment ein.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Oder wir sagen: Wir müssen schauen, dass wir Corona nicht kleinreden. Das, was wir machen können, machen wir, aber wir werden Kinder nicht vor allen Lebensrisiken schützen können. Diese Debatte müssen wir führen. Bestmöglicher Gesundheitsschutz, aber auf der anderen Seite Kinder Kinder sein lassen und diesen Weg ermöglichen.

Ich finde es schon bemerkenswert, wenn meine zweijährige Tochter durchgängig darauf aus ist, einen Mundschutz zu tragen, weil das überall in der Gesellschaft so gesehen wird. Ich weiß nicht, ob das so gesund ist. Ich weiß auch nicht, ob es so gesund ist, dass kleine Kinder damit aufwachsen, dreimal die Woche getestet zu werden. Das hatten wir noch nicht in unserer Gesellschaft. Ich bitte, das zu bewerten, bevor wir einfach sagen, wir führen PCR-Tests ein.

Frau Voigt-Küppers, die Akzeptanz sinkt bei den Antigentests. Die SPD zieht daraus die Konsequenz, wir führen flächendeckende PCR-Tests ein,

(Zurufe von der SPD)

die dann vielleicht auch noch durch Gruppenzwang in den Kitas, weil manche Kinder das nicht machen, mehr oder weniger verpflichtend angewendet werden müssen. Ist das das Gesellschafts- und Lebensbild, das wir unseren Kindern vermitteln wollen? Ich frage nur einmal.

Bevor man solche Forderungen aufstellt, solle man diese Debatte zuerst einmal führen. Ich finde, wir führen hier im Moment eine große Angstdebatte anstatt zuerst einmal faktenorientiert heranzugehen. Frau Kollegin Paul, Sie haben es eingangs selbst gesagt, im Moment geben die Fakten das nicht her,

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

weil Kitas in der gesamten Pandemie keine Treiber waren, keine exorbitanten Infektionen und keine Krankenhausintensivbelegungen, wie bei älteren Menschen über 70 Jahre, eingetreten sind, sondern genau das Gegenteil ist der Fall.

Deshalb würde ich eine Debatte über Fakten und Angemessenheit zielführender finden als einfach irgendwelche Forderungen herauszuhauen, zu denen man dann fragen muss, ob das das Gesellschaftsbild ist, das wir aktuell haben wollen.

Jetzt habe ich mich etwas in Rage geredet, Herr Vorsitzender, aber das muss in diesem Ausschuss manchmal auch möglich sein.

Vielen Dank.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Herr Hafke, ich habe dafür absolutes Verständnis. Wir haben uns so lange nicht gesehen.

(Heiterkeit im Saal)

Es ist doch etwas Befreiendes, sich gegenseitig das Herz auszuschütten.

Mit Frau Dworeck-Danielowski haben wir jetzt die zehnte Wortmeldung. Dann würde ich Minister Dr. Stamp noch einmal das Wort geben, weil die nächsten zehn lauern schon. Danach folgen Frau Paul und Frau Voigt-Küppers, aber ich bin völlig entspannt. – Bitte, Frau Dworeck-Danielowski.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Wie gut, dass wir nur ein Mitglied im Ausschuss haben, sonst gäbe es wahrscheinlich von unserer Seite aus auch mehr Wortmeldungen. Spaß beiseite.

Ich möchte auf zwei Punkte eingehen. Zum einen, Herr Dr. Maelzer, haben Sie mir gerade mehr oder weniger in den Mund gelegt, es wäre gut, wenn sich Kinder mit Corona infizieren würden. Ich weiß nicht, ob das gut oder schlecht ist – das sei einmal dahingestellt –, aber ich bin der festen Überzeugung, dass sich im Gegensatz zum Beispiel zu Herrn Müller, der gerade wieder von der Zeit nach Corona sprach, das SARS-CoV-2-Virus nicht wie die Pocken seinerzeit oder sonst was ausrotten lassen wird und es kein Leben nach Corona, sondern ausschließlich ein Leben mit Corona geben wird. Das gilt es zu gestalten. Daher ist die Wahrscheinlichkeit, dass man sich im Laufe seines Lebens, genauso wie man sich im Laufe seines Lebens mit anderen Infekten oder Viren, die in unseren Breitengraden gang und gäbe sind, irgendwann einmal infiziert, nicht klein. Gegebenenfalls – dazu gibt es natürlich noch keine Studien und Langzeitstudien – kann es sogar sein, dass es nicht schlecht ist, wenn man sich zu einem Zeitpunkt, zu dem das Virus für einen selbst noch ungefährlich ist, infiziert und es später mit 50 oder 60 Jahren, wenn man sich noch einmal infiziert und schon ein geschädigtes Herz-Kreislauf-System hat, für das Immunsystem sogar gut ist, dass man sich als Kind einmal mit irgendetwas infiziert hat. Genauso ist das bei anderen Sachen auch.

Wir hatten das doch. Das war die völlig übertriebene Hygienezeit Ende der 90er-Jahre. Davon ist man komplett wieder abgekommen. Man hat gesagt, es ist überhaupt nicht gut, wenn Kinder total steril aufwachsen. Da war insbesondere in den alternativen Kreisen besonders gehypt, dass es gut ist, wenn Kinder auch im Matsch spielen usw. Dreck reinigt den Magen. Urlaub auf dem Bauernhof und trallala. Ich frage mich, was davon bei Ihnen geblieben ist, wenn Sie sagen, Sie wollen alle Effekte heraushalten, die Luft reinigen und dies, das und jenes.

Es ist einfach so, das SARS-Cov-2-Virus wird kein Virus sein, von dem wir davon sprechen, irgendwann ist es in unseren Breitengraden komplett ausgeremert. Also ist eine gewisse Anpassung vermutlich notwendig. Das ist genauso, wenn Menschen hierhin kommen, die vorher am anderen Ende der Welt gelebt haben und sich plötzlich mit einer popeligen Sinusitis oder sonst was infizieren und daran auf einmal schwerst erkranken, weil sie diese Erregerart überhaupt nicht gewohnt sind. Wir hingegen stecken das locker weg, weil uns das in unseren Breitengraden permanent begegnet.

Daher ist alles unwissenschaftlich, was wir hier besprechen, weil wir gar keine Einschätzung vornehmen können, keine validen Daten darüber haben, was in zehn oder 20 Jahren ist. Immer davon auszugehen, dass es das Beste ist, jedes Risiko vorher

abzuwägen und mit sämtlichen Begleiterscheinungen auszumerzen und die eine Krankheit plötzlich sehr viel schwerer wiegt als alle anderen Erkrankungen, das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

Der andere Punkt, auf den ich eingehen möchte, ist der, den Frau Küppers angesprochen hat. Sie hatten gerade die mangelnde Akzeptanz der Antigentests erwähnt und gesagt, dass sie in den Kitas liegenbleiben. Das stimmt. Das sehe ich bei uns in der Kita auch. Der springende Punkt ist aber nicht, dass das Testverfahren weniger akzeptiert wird, sondern der Selbsttest hat für mich keinerlei Vorzüge mehr. Das heißt, wenn ich zum Friseur gehen möchte, wenn ich in die Kneipe gehen möchte, dann brauche ich einen Bürgertest. Am Anfang gab es diese Tests bei Aldi. Da ist alles zusammengebrochen, weil jeder den haben wollte.

Mittlerweile habe ich 20 Stück im Schrank liegen. Wenn ich bei Douglas ein Parfüm bestelle, egal was ich mache, ich bekomme fünf Tests obendrauf. Wir haben mittlerweile alle zu Hause den Schrank mit Tests voll. Wofür denn? Wenn ich morgens ein bisschen verschnupft bin, mache ich vielleicht einmal einen Test, um abzuschätzen, ob ich ein Risiko bin, wenn aus der Tür trete. Wenn ich ansonsten einen Test brauche, gehe ich natürlich zum Bürgertest, weil allein das Zertifikat mich legitimiert, zwei Tage lang entweder mit meinem Kind ins Schwimmbad zu gehen, zum Friseur zu gehen oder sonst was. Im Rahmen der Infektionsschutzregelungen stößt der Selbsttest auf keinerlei Akzeptanz mehr. Was sollen die Eltern daher noch mit diesen Tests? Denen ist es aber völlig egal, ob das ein PCR-Test oder ein Antigentest ist.

(Zuruf von der SPD)

Der entscheidende Punkt ist doch, dass mir der Selbsttest keinerlei Nutzen bringt, außer bei einem leichten Infekt zu Hause schon einmal abchecken zu können, ob das eventuell Corona sein könnte oder nicht. Ansonsten gehe ich, wenn ich einen Test haben möchte, natürlich zweimal die Woche zum Bürgertest, wie das sehr viele Bürger machen.

Daraus abzuleiten, es läge an dem Testverfahren, ob Antigen oder PCR, ist ehrlich gesagt völlig lebensfremd.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Jetzt ist Herr Dr. Stamp an der Reihe. Ich gebe noch einmal den Hinweis, dass wir diese wunderbare Diskussion heute Nachmittag ab 16:00 Uhr noch einmal auf großer Bühne fortführen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Da dürfen die meisten nicht!)

– Wie bitte?

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Da dürfen die meisten nicht!)

Die dürfen nicht? – Ich habe noch nicht gehört, dass einem Parlamentarier hier das Wort verboten worden wäre. – Bitte, Herr Dr. Stamp.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Insgesamt muss ich sagen, findet die Diskussion in einem sehr fairen Ton statt, und es wird gut miteinander umgegangen.

(Frank Müller [SPD]: Ich würde sagen, mit Einschränkungen!)

Deshalb will auch nicht versuchen, Öl ins Feuer zu gießen.

Ich will zunächst einmal die Frage beantworten, die Dr. Dennis Maelzer zur Corona-Betreuungsverordnung gestellt hat. Das war die Frage, ob die Maske reicht. Die reicht nicht. 3G ist Voraussetzung. Das kann nicht durch das Tragen einer Maske kompensiert werden. Das war die eine Frage.

Ich will jetzt noch einmal auf verschiedene Dinge eingehen. Dr. Maelzer hatte auch gefragt, ob der Flur dazugehört. Dazu bitte ich die Kolleginnen und Kollegen vom MHKBG zu befragen, weil das ist eine Sache der Förderrichtlinie, die das MHKBG beim Thema der Luftfilter verantwortet.

Zu den Luftfiltern kann ich mir aber eine politische Bemerkung nicht verkneifen. Ich lese es noch einmal vor. Die Bundesregierung hat zur Umsetzung ihres Beschlusses vom 14. Mai 2021 am 14. Juli 2021 beschlossen, den Ländern finanzielle Unterstützung zur Beschaffung von mobilen Luftreinigern in Räumen der Kategorie 2 in Schulen, Kindertageseinrichtungen usw. zu gewähren. Das waren zwei Monate und zwei Tage.

Dann haben wir umgekehrt die Umsetzung im Land. Am 24. August 2021 wurde die erforderliche Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Gewährung einer finanziellen Beteiligung des Bundes zur Verbesserung des Infektionsschutzes in Schulen und Kindertageseinrichtungen geschlossen. Am 26. August hat der HFA hier entsprechend beschlossen.

Also zwei Monate und zwei Tage beim Bund, zwei Tage hier. Wenn Sie kritisieren, die Landesregierung wäre im Sommer zu träge gewesen, dann muss man fragen, ob es nicht eher das von Ihrem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz geführte Finanzministerium gewesen ist, das hier schlichtweg nicht aus den Puschen gekommen ist.

Ich will aber auch gleich dazu sagen: Meine Bewertung zu den Luftfiltern ist sehr zurückhaltend. Ich persönlich bin der Meinung, dass hier der Politik insgesamt eine Debatte deshalb völlig entglitten ist – ich will unsere Farben in den anderen Parlamenten davon gar nicht ausnehmen –, weil aus dem Oppositionsreflex heraus überall immer kritisiert worden ist: Weshalb statet ihr nicht alles mit mobilen Luftfiltern aus? Das hat dazu geführt, dass am Ende im ARD-Deutschlandtrend 80 % der Bevölkerung der Meinung waren, dass in jeden Klassenraum ein mobiler Luftfilter kommen sollte.

Das Umweltbundesamt hat aber von Anfang an gesagt, dass das nur eine ergänzende sinnvolle Maßnahme ist, und zwar vor allem in Räumen, die schlecht belüftet werden können. Das Umweltbundesamt hat vor allem davor gewarnt, dass es vor Ort das Missverständnis geben könnte, mobile Luftfilter würden das notwendige Querlüften ersetzen, und die Menschen würden glauben, man könnte das damit kompensieren.

Ich habe in der Plenardebatte schon einmal gesagt: Der stellvertretende Vorsitzende der GEW hat das hier auch schon so postuliert, indem er gesagt hat, wenn jetzt nicht

überall mobile Luftfilter sind, dann müssen bei kalten Temperaturen wieder die Fenster aufgerissen werden. Ja, die Fenster müssen aufgerissen werden, wenn man entsprechenden Infektionsschutz betreiben will, weil das eben die mobilen Luftfilter nicht ersetzt.

Das ist ein ganz großes Problem, das auch gestern angesprochen worden ist. Ich habe an der JALTA, an der Jugendamtsleiterkonferenz, teilnehmen dürfen. Dort ist in einem Beitrag sehr eindrucksvoll geschildert worden, dass genau das eintritt, genau das die Forderung ist, mit der er konfrontiert ist, nämlich Aufbau von mobilen Luftfiltern, damit nicht mehr gelüftet werden muss. Das könne doch nicht im Sinne dessen sein, was das Umweltbundesamt auf den Weg gebracht habe.

Daher bin ich der festen Überzeugung, dass die ganze Luftfilterdebatte von seiner ursprünglichen Fachlichkeit völlig entglitten ist und nur einen minimalen Beitrag zum Infektionsschutz bietet. Sie sollten speziell da eingesetzt werden, wo es nicht möglich ist zu lüften.

Es ist natürlich völlig absurd – ich sage das einmal ganz offen –, dass wir im Landtagsgebäude Luftfilter herumstehen haben, die vollkommen sinn- und zwecklos sind. Umgekehrt entsteht aber der Eindruck, wir würden uns mehr schützen als die Kinder. Das ist für uns als Politik insgesamt nicht gut.

Noch einmal an dieser Stelle die herzliche Bitte auch an die Opposition – ich habe das den Kolleginnen und Kollegen in meiner Partei in den anderen Landesparlamenten auch gesagt –: Wir haben eine gemeinsame Verantwortung, vernünftig durch diese Pandemie zu kommen. Macht keine Scheingefechte um irgendwelche Luftfilter, die eure Regierungen anschaffen sollen, die am Ende des Tages in der Substanz zum Infektionsschutz kaum etwas beitragen.

Dann würde ich gerne noch einmal zu dem Thema der Alltagshelfer Stellung beziehen. Kein anderes Bundesland hat das gemacht. Man hat das aber durchaus mit Anerkennung betrachtet. Das Programm ist ursprünglich für die ganz schwierige Phase Oktober/November/Dezember aufgelegt worden. Dann wurde gefragt, ob man das möglicherweise bis Januar/Februar verlängern könnte, damit der Winter insgesamt abgedeckt ist. Dann kam noch einmal der dringende Wunsch auf, ob es nicht möglicherweise bis zum Ende des Kindergartenjahres ausgedehnt werden könnte.

Dann habe ich in einer Telefonkonferenz mit den Trägern in Nordrhein-Westfalen die glasklare Vereinbarung getroffen, dass wir das bis zum Ende des Kindergartenjahres unter der Voraussetzung machen, dass dann nicht von Trägerseite gefordert wird, dass das weiter fortgeführt wird, sondern wir dann anbieten, eine Qualifizierung derjenigen vorzunehmen, die bisher teilgenommen haben. Das war die glasklare Verabredung von Anfang an.

Insofern war auch völlig klar, dass man aus den Mitteln, die die Kitas sonst zur Verfügung haben, auch Alltagshelfer finanzieren kann. Herr Kollege, Sie haben eben dazu ausgeführt. Ich will dazu nur sagen, dass beispielsweise die AWO Bielefeld bereits vor der COVID-Krise für sich Assistenzkräfte hatte, die sie insbesondere im Bereich von

Kindern mit Einwanderungsgeschichte eingesetzt hatte. Das heißt, dass es keine Möglichkeiten gibt, das stimmt so schlichtweg nicht. Genauso gibt es auch jetzt die Möglichkeit. Vor allem war allen Beteiligten klar, dass es eine solche Verabredung gibt.

Ich muss auch an dieser Stelle sagen, in einer Krise, in der wir alle gemeinsam schauen müssen, wie wir durch diese Krise kommen und wie wir das am besten für die Kinder und Jugendlichen in diesem Land machen, muss ich mich als Fachminister darauf verlassen können, was ich mit den Partnerinnen und Partnern verabrede.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Zum Thema „Beschränkungen“. Frau Paul, ich fand es gut und wichtig, dass Sie darauf hingewiesen haben, dass es nicht nur um Kita und Schule geht. Mir kommt in der ganzen Debatte zu kurz, dass es natürlich auch um den ganzen Freizeitbereich von Kindern und Jugendlichen und auch um die ganzen Jugendangebote geht. Deshalb glaube ich, war es gut, dass Sie das gerade so deutlich angesprochen haben.

Hier kann man zu der Frage, wie das mit den Infektionen ist, natürlich unterschiedlicher Auffassung sein. Das, was bisher zu Long COVID vorgetragen worden ist – auch von Ihnen heute, Herr Maelzer, und was PIMS angeht durch Frau Voigt-Küppers –, ist anekdotisch. Das sind einzelne Meinungen. Ich habe gestern Abend ein Gespräch mit einer Ärztin von einer COVID-Station geführt – das, was ich sage, ist genauso anekdotisch –, von der sich ein Kind momentan in Quarantäne befindet, deren Vorgesetzter, ein Infektiologe, ihr gesagt hat: Wenn ihr Kind es hat, hoffen Sie, dass sich die anderen beiden Kinder anstecken. Vielleicht laden Sie die Spielkameraden auch gleich noch dazu und machen das quasi wie eine Windpockenparty. Dann haben die den Kram hinter sich. – Das heißt, diese Einschätzung gibt es auch. Wie gesagt, ein Infektiologe von einer COVID-Station hat das gesagt.

Trotzdem muss für mich als Kinderminister beim Schutz der Kinder die Disziplin entscheidend sein – es gibt immer den Vorwurf, man sei nicht wissenschaftlich genug –, innerhalb derer der Eid darauf geschworen worden ist, die Kinder zu schützen. Das sind die Kinderärztinnen und Kinderärzte, das ist die Pädiatrie.

Hierzu möchte ich aus der Pressemitteilung von gestern vorlesen: Wir sind an einem Punkt der Pandemie angekommen, an dem für jeden Erwachsenen ein bestmöglicher Schutz durch eine Impfung verfügbar ist. Mit großer Sorge sehen wir Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte, dass ein noch zu großer Anteil der Erwachsenen diese Chance bisher nicht genutzt hat. Mit noch größerer Sorge stellen wir aber fest, dass es immer wieder Bestrebungen gibt, diesen Mangel an Vernunft mancher Erwachsener durch weitere oder anhaltende Maßnahmen der Kontaktbeschränkungen und -einschränkungen in Kita und Schule zu kompensieren. – Frau Paul, man könnte noch hinzufügen, im Freizeitbereich. – Für Kinder lässt sich klar feststellen, dass diese aktuell mehr durch Coronamaßnahmen als durch die Infektion selbst gefährdet sind. Wir erleben in Praxen und Kliniken praktisch keine schweren Verläufe bei Kindern. Gleichzeitig sehen wir aber jeden Tag bei unseren Patienten zunehmende gesundheitliche und Entwicklungsprobleme kommen, und zwar sowohl im körperlichen Bereich, zum Beispiel durch Übergewicht, Bewegungsmangel, als auch im geistigen Bereich, zum

Beispiel bei Bildung und Sprachkompetenz, aber vor allem auch im Bereich der seelischen Entwicklung mit immer mehr Kindern, die Kontaktstörungen oder sogar Depressionen haben. – Das wird dann entsprechend weiter ausgeführt.

Ich habe in der vergangenen Woche im Deutschlandfunk darauf hingewiesen, weil ich laufend im Austausch mit den führenden Kinderärztinnen und Kinderärzten in Nordrhein-Westfalen stehe, dass wir de facto keine schweren Fälle haben. Daraufhin ist mir zum Teil unterstellt worden – nicht von Ihnen persönlich, aber aus dem Kollegenkreis, in dem mit Durchseuchung und sonst was argumentiert wird –, ich wäre ein Kindermörder und sei ein Lügner. Es gäbe nämlich mehrere beatmete Fälle von Kleinkindern in Nordrhein-Westfalen. Ich bin der Sache nachgegangen. Wir hatten vor etwa einer Woche drei Fälle mit Beatmung in der Statistik. Ein Fall war ein Fehleintrag. Der zweite Fall war ein frühgeborenes Kind mit einer COVID-positiven Mutter, das aufgrund seiner Frühgeburt auf der Intensivstation beatmet wurde. Der dritte Fall war ein 18-Jähriger, der sich mittlerweile auf der Normalstation befindet.

Jetzt zum 1. September sind die neuen Zahlen hereingekommen. Da haben wir sechs Fälle, davon fünf Fehlmeldungen und einen 18-Jährigen.

Ich will nur einmal sagen, wie hier zum Teil auch im Netz mit Angst Politik gemacht wird. Auch zum Thema „Long COVID und PIMS“ kann ich Ihnen nur empfehlen, setzen Sie sich bitte mit den führenden Kinderärztinnen und Kinderärzten in Nordrhein-Westfalen auseinander. Das sind diejenigen, die Risiken für unsere Jüngsten beurteilen müssen und die sich nicht nur dazu äußern können, sondern die geradezu die Pflicht haben, sich mit ihrer Einschätzung zu Wort zu melden. Deshalb sind die für mich maßgeblich.

Herr Kollege Dr. Maelzer, das, was Ihr gesundheitspolitischer Sprecher im Bundestag, Herr Lauterbach, zum Thema der Hospitalisierung in Großbritannien gesagt hat, hat zu einer sehr, sehr großen Verunsicherung bei den Familien geführt. Er hat das dann, ich glaube, 14 Tage oder drei Wochen später in der BILD-Zeitung zurücknehmen müssen.

Deshalb möchte ich sehr eindringlich appellieren: Lassen Sie uns bitte bei der Einschätzung von Risiken sachlich bleiben. Ich kann nur sagen, ich bin der Auffassung, dass uns hier vor allem die Pädiatrie den entscheidenden Rat geben muss, weil sie letztendlich die wissenschaftliche Verantwortung für die Gesundheit unserer Kinder hat.

Vielen Dank.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Frau Paul, bitte.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

– Ich muss noch eines klären: Ich führe die Redeliste. Das mache ich nach der Reihenfolge der Wortmeldungen, so gut ich kann. Frau Paul hatte sich schon zum Anfang der Ausführungen des Ministers zu Wort gemeldet. Sie sind noch nicht an der Reihe. – Bitte, Frau Paul.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich finde, Sachlichkeit ist ein guter Hinweis, aber dann sollten wir auch bei selbiger bleiben.

Ja, Marcel Hafke, ich habe immer Verständnis dafür, wenn man sich in Rage redet. Ich wäre die Letzte, die das nicht aus eigener Anschauung nachvollziehen könnte. Allerdings muss ich schon sagen, je länger die Rage andauerte, umso weniger verhielt es sich proportional mit der Sachlichkeit. Die Rage ist angestiegen, aber die Sachlichkeit ist eher nicht so angestiegen, sondern eher abgefallen.

Ich finde, man kann nicht hingehen und sagen, wir müssen evidenzbasierte Politik machen, aber wir können dann nicht zur Frage, welche Langzeitfolgen es bei Kindern gibt, sagen, dafür haben noch nicht ausreichend Studien. Ich würde sagen, da sind wir einer Meinung. Ich bin auch der Auffassung, dass wir dazu mehr Forschung brauchen. Daraus aber abzuleiten, es wäre evidenzbasiert und das Gegenteil zu behaupten, ist dann auch nicht so ganz sachlich, sondern dann müssen wir die Offenheit bewahren und sagen: Ja, es gibt immer noch Risiken. Die müssen wir erforschen. – Deshalb stehen wir in der Verantwortung, Einrichtungen so sicher wie möglich zu machen.

Ich finde es ehrlich gesagt in der Debatte auch immer ein bisschen unredlich, wenn suggeriert wird, dass die Opposition aus SPD und Grünen im Grunde genommen immer Kinder ausschließen wollen würde, weil immer gesagt wird, es war für die Kinder so schwierig. Ja, wir haben immer gesagt, dass die Auswirkungen für Kinder jenseits einer möglichen COVID-Infektion, nämlich bei der Frage psychische Belastung, bei der Frage motorische Belastung, bei der Frage Ernährung und zu lange Bildschirmzeiten, Dinge sind, die wir mit in den Blick nehmen müssen.

Deshalb ist es gerade so wichtig, dass die Lebenswerte von Kindern insgesamt wieder für sie zur Verfügung stehen und sie nicht weiter die in erster Linie Leidtragenden sind. Das bedeutet aber auch, dass man nicht einfach sagen kann, das machen wir jetzt so, sondern das bedeutet, dass man ein Maßnahmenbündel drum herumbauen muss, damit Kinder und Jugendliche möglichst *[akustisch unverständlich]*. Das bedeutet, Erwachsene müssen sich impfen lassen. Wir brauchen auch eine andere Form von Testregime und Pandemiemonitoring. Es gibt diverse Dinge, die wir um die Kinder und Jugendlichen herum aufbauen könnten, damit wir nicht die Kontrolle über diese Pandemie verlieren. Das muss gemacht werden.

Das hat aus meiner Sicht auch nichts damit zu tun, dass wir den Leuten Angst machen oder ihnen zu viele Einschränkungen auferlegen, sondern das hat etwas damit zu tun, wie wir in dieser Gesellschaft solidarisch für alle ermöglichen, dass es eine Rückkehr zu einer wie auch immer gearteten verantwortungsvollen Normalität gibt.

Dann noch zu weiteren Punkten, die Sie angesprochen haben. Ich hoffe, ich habe Sie falsch verstanden. Es gibt keine Kitapflicht – darüber sind wir uns einig –, aber daraus kann man nicht ableiten, wenn Eltern Sorge haben, dann können die Kinder zu Hause bleiben. Ich glaube, das darf nicht die Antwort auf die berechtigten Sorgen mancher Eltern sein, sondern die Antwort darauf muss sein, wir müssen gemeinsam schauen, wie man Kitas zu wirklich sicheren Orten machen kann. Sie darf nicht lauten, dass Kinder zu Hause bleiben müssen und dann wieder von Teilhabe ausgeschlossen sind.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

– Ja, angemessen, aber es wäre aus meiner Sicht völlig unangemessen, wenn man Eltern vor die Wahl stellt und ihnen sagt, wenn du Sorgen hast – diese Sorgen sind doch berechtigt, Eltern dürfen sich doch Sorgen um das Wohl ihrer Kinder machen, insbesondere wenn wir in einer Pandemie leben –, hast du immer noch die Möglichkeit, das Kind zu Hause zu lassen. Ich glaube, das ist nicht eine angemessene Antwort darauf. Deshalb hoffe ich, Herr Kollege, dass Sie das so auch nicht gemeint haben.

Zur Frage der PCR-Lollitests. Ja, bislang haben die Kommunen 6 Euro vom Land bekommen. Laut der neuen Vorlage sollen sie die aber nicht mehr bekommen, sondern nur noch ungefähr die Hälfte davon. Daher kann ausweislich der Vorlage des Finanzministers nicht davon die Rede sein ...

(Zuruf von Minister Dr. Joachim Stamp [MKFFI])

– Dann müssen Sie das noch einmal klarstellen. Dann bitte ich darum, das klarzustellen; denn dann ist die Vorlage an der Stelle schwer zu lesen oder missverständlich. Dann stellen Sie das klar. Ich finde, aus der Vorlage geht nicht so klar hervor, ob nicht gegebenenfalls die Mittel an der Stelle gekürzt werden sollen.

Noch ein Hinweis, weil wir uns schon wieder in der gesamten KiBiz-Debatte befunden haben. Herr Kollege, es mag sein, dass Sie sich schon für das nächste Frühjahr warmlaufen. Dann werden wir die Debatte noch einmal in ihrer ganzen Breite führen. Auch hierzu gehört aber wieder die sehr selektive Wahrnehmung auch von Anhörungen. Ich meine, das gehört zum politischen Geschäft. Jeder nimmt das vielleicht ein bisschen selektiv wahr. Sie haben nur angeteasert, es gab auch die Frage der Sachkosten. Ja, da haben die Träger zurückgemeldet, es gibt eine Sachkostlücke. Die Antwort der FDP und auch des Ministers war, dann haben die Träger einen Berechnungsfehler gemacht.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Das war an der Stelle auch wieder das Verschieben von Verantwortung. Ich finde, es wurde eine Menge erwähnt, was Sie Tolles gemacht haben, die Bilanz Ihrer vergangenen vier Regierungsjahre, aber abgerechnet wird bekanntermaßen zum Schluss.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Es sei Ihnen gegönnt, dass Sie sich schon einmal für das nächste Frühjahr ein bisschen warmlaufen. Ich freue mich schon auf die Diskussionen.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Die Klarstellungen nehmen wir gleich vor. Zunächst beenden wir die Runde. Jetzt hat Frau Voigt-Küppers das Wort. Bitte.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. – Ich will nur zu einigen Stellen, an denen ich eventuell missverstanden oder falsch interpretiert worden bin, eine Richtigstellung vornehmen.

Herr Minister, ich habe aus dem COVID-Begleitausschuss des Landes berichtet. Dieser hat ein Expertengespräch geführt. Wenn ich davon berichte, fände ich es falsch,

wenn das als anekdotisch abgetan wird. Experten haben uns ihre Untersuchungsergebnisse oder ihre Meinung mitgeteilt, die wir bewusst um ihren Rat fragen. Herr Hafke, diese Experten haben sehr deutlich gesagt, es gibt Long COVID; es gibt PIMS. In welchem Ausmaß und mit welchen Folgen, das ist alles noch nicht bekannt. Da kann ich dann an Ihre Rede anschließen und sagen, es braucht mehr Untersuchungen, aber solange ich nicht weiß, welches Risiko ich habe, sollte man meines Erachtens von dem Fall ausgehen, zu dem ich sagen kann, ich biete den größtmöglichen Schutz an, der mir jetzt zur Verfügung steht. Es kann sein, dass wir in einem halben Jahr mehr wissen und wir dann manche Maßnahmen, die wir heute als notwendig erachten, in der Mottenkiste versenken können, aber ich finde, wir als Ausschuss für Kinder und Jugendliche haben die Verantwortung, den bestmöglichen Schutz zu bieten.

Frau Dworeck-Danielowski, insofern haben Sie mir die Worte im Munde umgedreht. Ich muss Ihnen deutlich widersprechen. In einer Situation, in der wir die Folgen einer Infektion nicht kennen, zu sagen, na ja, früher haben die Leute gesagt, Dreck reinigt den Magen, das hat den Kindern nicht geschadet, also kann ich mit den Kindern so umgehen, halte ich, gelinde gesagt, für fahrlässig. So können wir nicht mit der Gesundheit unserer Kinder als Land und öffentliche Institution umgehen. Wir müssen das schon ernst nehmen. Wie gesagt, manche Maßnahmen mögen sich in der Zukunft als nicht nötig erweisen oder es wird erforderlich sein, sie zu erweitern oder zu ändern, aber die Leichtfertigkeit teile ich auf keinen Fall.

Ebenso war die Darstellung nach dem Motto „Die Eltern machen ohnehin keine Antigentests mehr, sodass wir sie nicht mehr brauchen“ verkürzt oder falsch. Ich habe gesagt, wenn die Eltern die Antigentests zu Hause nicht mehr machen, dann müssen wir überlegen, ob es vielleicht richtig ist, dass im Kindergarten unter Kontrolle diese Tests durchgeführt werden. Das ist ein Unterschied zu dem, was Sie gesagt haben. Ich will das auch nicht so interpretiert wissen, wie Sie das gesagt haben.

Zum Schluss habe ich aber noch eine Frage. In der Diskussion, die vielleicht – das gestehe ich zu, Herr Minister – auch durch anekdotische Erlebnisse ergänzt worden ist, gab es in einem Ausschuss einer Kommune die Behauptung, dass dann, wenn man die PCR-Tests in den Einrichtungen machen wollte, die in allen Einrichtungen der Kommune gemacht werden müssten, inklusive der Tagespflege. Ich frage: Stimmt das, oder war das eine falsche Behauptung? Weil ich habe – das ist sehr wichtig für mich – eben nicht von Schwarz und Weiß geredet. Ich habe von Ermöglichungsstrategien zum Beispiel durch das Ersetzen von Finanzen oder von einer Absprache der Landesregierung mit den Kommunen insgesamt und nicht mit jeder einzelnen Kommune gesprochen. Ich habe keine sehr konkreten Vorschläge gemacht, aber mich würde es sehr freuen, wenn wir da gemeinsam einen Weg finden würden.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Vielen Dank, Frau Voigt-Küppers. – Jetzt kommen wir in der Reihenfolge der Wortmeldungen zu Herrn Dr. Maelzer. Bitte.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Herr Minister, vielen Dank für Ihre Ausführungen auch zur Coronabetreuungsverordnung. Ich glaube, es ist

wichtig, dass klargestellt worden ist, 3G-Regeln gelten für die Beschäftigten im Umgang mit den Kindern, und durch eine Maske kann das nicht ersetzt werden. In der Frage unterstütze ich Sie vollkommen.

Mich würde dann aber interessieren, ob wir auf diesem Weg die genaue Zahl der Geimpften unter den Beschäftigten herausfinden können. Das war etwas, das wir schon öfter miteinander besprochen haben. Ist das in Zukunft möglich? Den Eltern würde es möglicherweise eine größere Sicherheit geben, wenn wir da eine sehr hohe Quote hätten. Manche anderen Debatten, die von Zeit zu Zeit immer wieder einmal aufploppen, würden dadurch unnötig gemacht.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Sie haben über das Thema „Luftfilter“ gesprochen. Herr Hafke hat davon gesprochen, er wisse nicht, ob es immer sinnvoll sei, Kinder von Infektionen fernzuhalten. Mit dieser Begründung müsste jede Kita und jede Schule, die über eine raumluftechnische Anlage verfügt, diese Anlage abschalten; denn wir würden Kindern etwas Schlechtes tun, wenn sie gefilterte Luft einatmen müssten. Wir sprechen über Luftfilter an Orten, an denen es diese raumluftechnischen Anlagen im Gegensatz beispielsweise zum Landtag nicht gibt. Das zeigt vielleicht auch ein bisschen die Absurdität dieser Argumentation auf.

Richtig fand ich, dass der Minister kritisch darauf eingegangen ist, dass wir im Landtag Luftfilter stehen haben, während das in den Kitas nicht der Fall ist und das zu einer ziemlichen Unwucht in der Debatte führt. Ich finde, der große Vorteil daran ist, dass man Luftfilter in der Praxis erlebt. Manche Kommunen behaupten, sie wären so laut wie ein Staubsauger. Ich weiß nicht, welchen Staubsauger Sie haben, aber mein Staubsauger ist deutlich lauter als das, was ich mit den Luftfiltern im Landtag erlebe.

Dann haben Sie gesagt, man müsste trotzdem weiterhin lüften. Ja, das ist richtig. Eine Studie der Universität Münster sagt zum Thema „Luftfilter“, dass sie deutlich effektiver sind als das Stoßlüften, aber sie besagt, natürlich muss man weiter lüften, weil man auch den Sauerstoffaustausch braucht. Selbstverständlich brauchen Kinder trotz Luftfilter weiterhin Sauerstoff. Wir kommen jetzt aber in eine ganz andere Frequenzlage. Deshalb sind sie gerade in den Wintermonaten in Kitas und Schulen eine große Hilfe.

Dann haben Sie über Anekdoten und darüber gesprochen, was Ihnen eine Ärztin berichtet hat. Das ging in die Richtung Windpockenparty für Coronainfizierte.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Mit aller Freundlichkeit: Ich glaube, dass Sie sich diesen Vorschlag nicht zu eigen machen.

(Zuruf von Minister Dr. Joachim Stamp [MKFFI])

– Keine Sorge.

(Zuruf von Minister Dr. Joachim Stamp [MKFFI])

– Ich verdrehe überhaupt nichts. Zunächst einmal könnten Sie mich ausreden lassen. Da gehört irgendwie auch dazu.

Ich wollte Ihnen nur die Möglichkeit geben, weil Sie diese Anekdote erzählt haben, klarzustellen, dass das natürlich nicht Ihre Haltung ist, damit die Eltern nicht den Eindruck haben, der Minister hat eine Anekdote erzählt; das machen wir jetzt mal. Ich wollte nicht, dass das so stehen bleibt.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Dieser Eindruck kann leicht in medialen Debatten entstehen. Deshalb wollte ich nur vorschlagen, dass Sie ganz klar sagen: Liebe Eltern, macht das nicht, wie mir das in einer Anekdote berichtet wurde. – Ich glaube, das wäre hilfreich. Wenn daraus von Ihrer Seite etwas anderes konstruiert wird, ist das etwas anderes als das, was ich damit gemeint habe. Das ist einfach ein freundschaftlicher Hinweis an dieser Stelle.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Das ist sehr fürsorglich.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das war die letzte mir vorliegende Wortmeldung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Ihrem Einverständnis würde ich nun dem Ministerium die Möglichkeit geben, die noch offenen Fragen zu beantworten. Ich habe gehört, es ist sogar das Kommunalministerium vertreten, sodass auch die Frage von Herrn Dr. Maelzer beantwortet werden kann. Wäre das für Sie in Ordnung?

(Zuruf: Ja!)

– Dann machen wir das so. – Bitte, Herr Dr. Stamp.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Nachdem Herr Maelzer das Prinzip „Schwarze Katze“ anwendet – man spricht einfach einmal darüber und rückt das in einen entsprechenden Zusammenhang –, möchte ich für das Protokoll klarstellen: Ich habe gesagt, dass das eine Anekdote ist und es völlig konträre unterschiedliche Auffassungen einzelner Mediziner gibt. Danach habe ich gesagt, was für mich maßgebend ist. Das ist die offizielle Pressemeldung des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte, Landesverbände Nordrhein und Westfalen-Lippe. In der ist unter anderem auch die Rede davon: Niemand wünscht sich, dass Kinder unnötig und leichtfertig infiziert werden. Allerdings ist das kindliche Immunsystem deutlich besser auf das Coronavirus eingestellt als die kindliche Seele auf anhaltende negative Einflüsse von Verboten und Vereinsamung. – Das ist meine Haltung.

Danke schön.

RD Norbert Lemmering (MHKBG): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Zur Frage, inwieweit die Geräte auch in Fluren und anderen Räumlichkeiten aufgestellt werden können, verweise ich auf die Förderrichtlinie, in der die Räume der Kategorie 2 festgeschrieben sind. Gerade bei den Fluren ist das aber von den Örtlichkeiten abhängig. Deshalb muss man das im Einzelfall sehen. Wir erwarten eine Bestätigung, dass es sich nach den UBA-Kriterien um Räume der Kategorie 2 handelt. Beim Einsatz von mobilen Luftreinigungsgeräten ist natürlich

sehr stark darauf zu achten, dass durch die Geräte keine Flucht- und Rettungswege verstellt werden. Darauf weisen wir die Antragsteller hin.

Zu den anderen Einzelheiten kommen wir unter einem anderen Tagesordnungspunkt.

Danke.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Wir haben die Tagesordnungspunkte gemeinsam aufgerufen!)

– Vielen Dank. Dann darf ich das noch kurz ergänzen.

Die Antragstellung begann am 27. August, also am vergangenen Freitag. Zum Stand gestern lagen uns rund 20 Anträge mit einem Fördervolumen von rund 500.000 Euro vor. Bei einer Onlineantragstellung kann das relativ schnell ermittelt werden. Das ist also der aktuelle Stand.

Wir merken an den Anfragen, die zurzeit bei uns im Ministerium auflaufen – damit verknüpfen wir auch unser Qualitätsmanagement, ob die Onlineantragstellung gut läuft –, dass sich die Einzelfragen eher auf die Räumlichkeiten der Kategorie 2 beziehen, während die technischen Details auch durch die VDI-Prüfkriterien sehr stark festgeschrieben sind. Die einzelnen Technologien haben wir in den Förderrichtlinien geregelt.

Danke.

MDgt'in Lee Hamacher (MKFFI): Ich möchte gerne aufklären, was es mit den verschiedenen Beträgen für die PCR-Pooltestungen und die Erstattungsbeträge, die wir in dem Zusammenhang an die Kommunen zahlen, auf sich hat.

Dabei muss ich etwas weiter ausholen, damit die Systematik deutlich wird. Wir haben einen HFA-Beschluss bekommen, flächendeckend zwei Tests pro Woche für die Kitakinder zu beschaffen. Damals wurde ein Kaufpreis von 3,75 Euro zugrunde gelegt. Die Preise für Lollitests oder damals zunächst für die Nasaltests lagen deutlich höher. Also gab es 3,75 Euro mal zwei, weil zwei Tests pro Woche. Das ergibt 7,50 Euro. Das war der Grundsatzbeschluss.

Dann gab es zunächst zwei Kommunen, die im Rahmen eines Modellvorhabens PCR-Lollitests durchgeführt und deshalb gefragt haben, ob wir die Kosten, die wir dadurch einsparen, dass wir keine Tests liefern müssen, den Kommunen erstatten können. Das hat dann der HFA beschlossen. Dann haben wir entsprechende Vereinbarungen mit diesen Kommunen und nachfolgend fünf weiteren Kommunen über den Betrag abgeschlossen, den wir als Land durch die Nichtbelieferung eingespart haben. Das waren zweimal 3,75 Euro gleich 7,50 Euro.

Inzwischen haben wir neue Vergaben in die Wege geleitet und erneut Mittel vom HFA bewilligt bekommen. Natürlich haben wir eine Markterkundung durchgeführt, bevor wir einen neuen Betrag ermittelt haben. Der beläuft sich jetzt bei den Lollieigentests auf 2,50 Euro pro Test, also 5 Euro die Woche.

Dementsprechend hat der HFA in seiner zurückliegenden Sitzung beschlossen, dass wir auf der Kalkulationsgrundlage 5 Euro pro Woche oder 2,50 Euro je Test erneut

Tests beschaffen können. Dadurch ist das Problem entstanden, dass sich in den Kooperationsverträgen, weil es nur um den Erstattungsbetrag geht, der Betrag nur auf 5 Euro pro Woche belaufen würde.

Deshalb haben wir versucht, uns schlau zu machen. Ich muss dazu sagen, die Kooperationskommunen müssen uns keine Belege dafür liefern, welche Kosten tatsächlich bei ihnen entstehen, sondern wir zahlen bisher pauschal den Betrag von 7,50 Euro. Das haben wir übrigens auch trotz Schließzeiten in den Sommerferien gemacht. Wir haben also durchgehend 7,50 Euro pro Woche und pro Kind gezahlt. Dann haben wir aber versucht zu eruieren, wie der tatsächliche Wert ist. Dazu haben wir die teilnehmenden Kommunen befragt. Dabei sind wir auf einen Wert gekommen, der zwischen 2,75 Euro und 3,25 Euro, also zwischen 5,50 Euro und 6,50 Euro liegt. Das Schulministerium hat belegbare Zahlen und zahlt übertragen auf die entsprechenden Gruppenstärken 2,20 Euro pro Test.

Deshalb sind wir auf einen Betrag von 6 Euro gekommen, den wir erstatten. Dieser Betrag wird nicht nur an die sieben Kommunen erstattet, die im Moment zumindest PCR-Testungen durchführen, sondern an alle Kommunen. Wir haben also einen Mittelwert errechnet, von dem wir ausgehen, dass er auskömmlich sein muss.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Ich habe noch eine Frage an den Herrn vom Kommunalministerium. Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich habe mir die Richtlinie natürlich angeschaut. So lang ist die nicht. Es heißt nicht Gruppenraum, sondern Raum. Ein Flur in einer Kita wäre also auch ein Raum? Habe ich das richtig verstanden.

RD Norbert Lemmering (MHKBG): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Raum bedeutet alle Räume der Kategorie 2. Wir erwarten eine Bestätigung, dass es sich um solche Räume handelt, die nur beschränkt belüftet werden können.

Die Räume sind sehr unterschiedlich. Es tauchte zum Beispiel die Frage auf, wie sich das bei Sporträumen verhält. Dann müsste an sich die Frage gestellt werden, ob ein Sportraum nicht eigentlich der Kategorie 1 zuzurechnen wäre. Wenn er aber zur Kategorie 2 gehört, entspricht ein solcher Raum den Förderkriterien. Das gilt für alle Räume der Kategorie 2. Wir haben keine Ausschlusskriterien. Zu den Fluren weise ich aber auf den Brandschutz und die Rettungswege hin. Ich denke, das ist gerade für den Kitabereich sehr wichtig.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Kategorie 2 bezieht sich aber nur auf die Lüftungsfähigkeit und nicht auf irgendetwas anderes? Ansonsten ist ein Raum ein Raum. Kategorie 2 heißt, dass dieser Raum nicht gut belüftet werden kann?

RD Norbert Lemmering (MHKBG): Ich würde anregen, dass Sie sich den Förderantrag ansehen, aus dem das ersichtlich ist. Wir unterscheiden nicht. Wir haben auch damals bei den Schulen nicht unterschieden. Wir verlassen uns auf die Angaben.

Größtenteils handelt es sich um öffentliche Träger. Als Haushälter möchte ich klar erwähnen, Mitnahmeeffekte kann man bei Förderprogrammen nie ausschließen, aber wir verlassen uns auf die Angaben der Antragsteller, der Träger. Wenn die uns per Mausclick bestätigen, dass es sich um Räume der Kategorie 2 handelt, dann gehen wir davon aus und erwarten zunächst einmal auch nicht einzelne Unterscheidungen.

Allerdings haben – darauf weisen wir hin und das steht auch in der Förderrichtlinie – sich der Bundesrechnungshof und auch der Landesrechnungshof Prüfrechte für Stichprobenprüfungen vorbehalten. Das ist aber okay und gängiges Verfahren.

Danke.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/14058 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.

2 Förderoffensive NRW – Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler ausbauen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13403

Ausschussprotokoll 17/1452

– Abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 28.04.2021)

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD) führt aus, die Coronapandemie führe insbesondere bei Kindern und Jugendlichen zu negativen Folgen. Immer mehr Kinder und Jugendlichen würden unter den Folgen der Coronapandemie leiden. Aufgabe der Politik sei es, diese Folgen nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern diesen Folgen zu begegnen. Deshalb werde mit dem Antrag ein umfassendes Förderprogramm für Kinder und Jugendliche gefordert.

Dieses Förderprogramm müsse sich natürlich auf viele Bereiche der Schule erstrecken, aber dieses dürfe nicht nur Bildung in der Schule umfassen. Den Kindern und Jugendlichen müsse die Möglichkeit gegeben werden, das Erlebte zu verarbeiten. Deshalb sei es wichtig, auch über die Kinder- und Jugendhilfe Angebote zu unterbreiten, damit für Kinder und Jugendliche die Möglichkeit bestehe, das Erlebte ganzheitlich verarbeiten zu können.

Vorsitzender Wolfgang Jörg stellt auf Nachfrage von **Jens Kamieth (CDU)** klar, im mitberatenden Ausschuss sei es nicht üblich, zunächst eine Auswertung des Fachgesprächs vorzunehmen und erst in einer späteren Sitzung über den Antrag abzustimmen.

Jens Kamieth (CDU) hält fest, die Kinder und Jugendlichen hätten insbesondere unter dem Lockdown gelitten. Natürlich sei der Folge der pandemischen Situation gewesen, aber hauptsächlich würden die Kinder und Jugendlichen unter dem Fehlen sozialer Kontakte, dem Fehlen von Spielmöglichkeiten, dem Fehlen des Kontakts zu Großeltern usw. leiden. Diese Einschränkungen seien durch die wiedererlangten Freiheiten zum größten Teil weggefallen. Vor dem Hintergrund sei aufgrund von Gesprächen mit Kinderpsychologen und Kinderärzten, die von der Fraktion der CDU geführt worden seien, zunächst einmal davon auszugehen, dass viele Folgen aufgrund der Zurückgewinnung von Normalität nicht mehr auftreten werden.

Dennoch seien von Bund und Land verschiedene Programme aufgelegt worden. Zu erwähnen seien beispielsweise die Aktionsprogramme „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ und „Extra-Zeit zum Lernen“, um Schülerinnen und Schüler unter

anderem beim Ausgleich entstandener Bildungsdefizite zu unterstützen. Das Programm „Extra-Zeit zum Lernen“ sei sogar bis zum Ende der Sommerferien 2022 verlängert worden. Diese Programme kämen auch gut an, wie von Sven Christoffer vom Verband Lehrer NRW im Fachgespräch bestätigt worden sei.

Darüber hinaus seien Diagnosetools und Unterstützungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt worden. Man befinde sich auf einem guten Weg, Kinder und Jugendliche zu unterstützen.

Vor dem Hintergrund werde nicht die Notwendigkeit gesehen, eine Förderoffensive zu starken, wie sie im Antrag vorgesehen sei, sodass die Fraktion der CDU den Antrag ablehnen werde.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD) hält es für sehr wichtig, nun wieder stabil die Angebote für Kinder und Jugendliche zu unterbreiten, auch wenn in der zurückliegenden Zeit erhebliche Defizite bei dieser Personengruppe aufgelaufen seien.

Im Fachgespräch sei zwar die Aussage getroffen, es wäre schön, wenn zusätzlich Lernangebote unterbreitet werden könnten, damit für Kinder, bei denen das Home-schooling nicht so gut funktioniert habe, die Möglichkeit bestehe, Defizite auszugleichen. Der Engpass im pädagogischen Bereich sei aber bekannt. Daher müssten Träger und Personal zur Verfügung stehen, die in der Lage seien, ein solches Angebot zu unterbreiten. Vor diesem Hintergrund werde es sich vermutlich um eine Phantomdiskussion handeln.

Ein großer Engpass bestehe aber im Bereich der Schwimmkurse, der sich nicht durch die Wiederaufnahme von Angeboten beseitigen lasse. Es gestalte sich sehr schwierig, den im Verlauf eines Jahres aufgelaufenen Rückstau aufgrund der aktuellen Situation in den Schwimmbädern abzubauen. Gerade bei kleinen Kindern gestalte sich die Situation zum Teil schwierig, weil eine Begleitung durch Eltern nicht möglich sei. Die Zahl der Kinder mit Bedarf an Schwimmunterricht nehme immer mehr zu, aber eine Verbreiterung des Angebots sei nicht möglich. Auch ein Transport der Schülerinnen und Schüler zu den Schwimmbädern gestalte sich schwierig, weil nur eine begrenzte Zahl von Personen befördert werden dürfe und die dafür erforderlichen Schulbusse zwischen den einzelnen Fahrten desinfiziert werden müssten. Es werde erforderlich sein, sich mit diesem Bereich noch länger zu beschäftigen. Vermutlich würden viele Kinder nicht die Schwimmfähigkeit erlangen, wie dies eigentlich der Fall sein sollte.

Die sonstigen im Antrag enthaltenen Forderungen seien aber überflüssig. Wichtig sei, die Angebote für die Kinder und Jugendlichen stabil vorzuhalten und nicht in drei Monaten wieder anzuordnen, die Sporthallen für Kinder zu schließen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

3 Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und Staatsanwältengesetzes – LRiStaG

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13063

Stellungnahme 17/4201
Stellungnahme 17/4202
Stellungnahme 17/4224
Stellungnahme 17/4186
Stellungnahme 17/4138

– Abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Rechtsausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Innenausschuss am 24.03.2021)

Josefine Paul (GRÜNE) merkt an, Kinderschutz und Kindeswohl spielten zum Glück und richtigerweise in Landtag Nordrhein-Westfalen häufiger eine Rolle. Inzwischen werde auch die Debatte sehr intensiv geführt, wie Kinderschutz und Kindeswohl in den jeweiligen Berufszweigen gestärkt werden könnten. Dies gelte auch für den Bereich der Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, in dem über weitere Fortbildungsbedarfe diskutiert werde, um zusätzliche Qualifikationen zu erlangen. Mit dem Gesetzentwurf werde diese Diskussion aufgegriffen.

Die Bundesregierung habe bereits im Jahr 2020 darüber diskutiert, inwiefern für Familienrichterinne(n) und Familienrichter bestimmte Eingangsqualifikationen Voraussetzung für die Ausübung dieser Tätigkeit seien. Da dies aber nicht ausreichend sei, habe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den vorliegenden Gesetzentwurf erarbeitet, der für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte die Pflicht vorsehe, sich in diesen Bereichen fortzubilden. Dies verbunden mit einer Pflicht zur Freistellung, damit kein zusätzlicher zeitlicher Druck bei der betroffenen Personengruppe entstehe. Dies erfordere zusätzliche Personalkapazitäten. Zugleich solle der Bereich der Supervision gestärkt werden, weil mit den Fällen durchaus eine gewisse emotionale Belastung verbunden sein könne.

Kern der Diskussion sei natürlich, ob mit einer gesetzlichen Vorgabe dieser Art eine Einschränkung der richterlichen Unabhängigkeit verbunden sei. In den meisten Diskussionen sei dies bejaht worden. Zum Glück habe sich aber die Diskussion weiterentwickelt. Aus den vorliegenden Stellungnahmen ergebe sich nicht die einhellige Meinung, dies sei nicht möglich. Aufgrund der im Gesetz vorgesehenen Entlastung und der Klarstellung im Gesetz, dass dies keinen Einfluss auf die richterliche Unabhängigkeit habe, werde das Vorgehen als möglich angesehen. Es gebe sogar Aussagen,

wonach durch die zusätzliche Fachqualifikation die richterliche Unabhängigkeit gestärkt werde.

Vor diesem Hintergrund werde von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Auffassung vertreten, der Gesetzentwurf stehe im Einklang mit der richterlichen Unabhängigkeit und sei auch angemessen und notwendig, um die Frage des Kinderschutzes und des Kindeswohl in familiengerichtlichen Verfahren zu stärken.

Jens Kamieth (CDU) gibt den Hinweis, gestern sei sich auf Wunsch der Fraktion der CDU im Rechtsausschuss darauf verständigt worden, den Gesetzentwurf zu einem späteren Zeitpunkt zu behandeln. Deshalb bitte er, den Gesetzentwurf heute noch nicht abschließend zu behandeln.

Marcel Hafke (FDP) kann sich auch vorstellen, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss zu geben, aber er könne auch zu einem späteren Zeitpunkt im Ausschuss abschließend beraten werden.

Die mit dem Gesetzentwurf verbundene Idee halte er inhaltlich für sehr interessant. Diese müsste auf jeden Fall diskutiert werden. Die Kernfrage sei jedoch, ob eine rechtliche Verankerung möglich sei. Diese Beurteilung könne er nicht vornehmen.

Josefine Paul (GRÜNE) würde es begrüßen, wenn sich dieser Ausschuss noch einmal mit dem Gesetzentwurf beschäftigen würde, wenn im Rechtsausschuss eine Verständigung erzielt worden sei. Die Verschiebung im Rechtsausschuss sei möglicherweise erfolgt, um aufeinander zuzugehen. Deshalb sollte der Tagesordnungspunkt zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden.

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

5 Kinder in Frauenhäusern stärken – Blinde Flecken der Landesregierung beseitigen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14259

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 01.07.2021)

Vorsitzender Wolfgang Jörg teilt mit, der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen habe beschlossen, ein Fachgespräch zu diesem Antrag durchzuführen. Daher schlage er vor, zunächst das Fachgespräch abzuwarten, bevor sich der Ausschuss mit dem Antrag beschäftige.

Josefine Paul (GRÜNE) äußert die Bitte, das Protokoll über das Fachgespräch und die entsprechenden Stellungnahmen dem Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend zuzuleiten, damit diese als Diskussionsgrundlage für den Ausschuss dienen könnten.

Vorsitzender Wolfgang Jörg sagt zu, dies werde sichergestellt.

6 Gesetz über den interkollegialen Ärzteaustausch bei Kindeswohlgefährdung – Änderung des Heilberufsgesetzes (HeilBerG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14280

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –, an die Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder, an den Innenausschuss sowie an den Rechtsausschuss am 01.07.2021)

Marcel Hafke (FDP) schlägt vor, dass sich der Ausschuss an der Anhörung im federführenden Ausschuss pflichtig beteilige, weil dies ein Thema sei, mit dem sich der Landtag schon seit mehreren Legislaturperioden beschäftige und die letzte Anhörung schon längere Zeit zurückliege. In den Gesetzgebungsprozess sollten natürlich die aktuellen Kenntnisse einfließen. Da es um das Thema „Kindeswohl“ gehe, sei der Ausschuss davon direkt betroffen.

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales pflichtig zu beteiligen.

7 Kinder vor ideologischen Irrwegen schützen – am bestehenden Transsexuellengesetz (TSG) und am Paragraphen 45b des Personenstandsgesetzes festhalten

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14271

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 30.06.2021)

Iris Dworeck-Danielowski (AfD) stellt fest, im Deutschen Bundestag sei eine sehr ausführliche Anhörung zu diesem Thema durchgeführt worden. Deshalb sei die Durchführung einer schriftlichen Anhörung nicht erforderlich, sodass im Ausschuss abschließend über den Antrag beraten werden könne.

Vorsitzender Wolfgang Jörg kann keine Einwände erkennen, die abschließende Beratung heute durchzuführen.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD) führt aus, das Thema sei mit dem Antrag aufgegriffen worden, auch wenn die Debatte im Deutschen Bundestag bereits abgeschlossen sei und die vorgelegten Gesetzentwürfe zunächst einmal keine Mehrheit fanden. Von der Bundesregierung sei aber eine Reform der entsprechenden Gesetzesgrundlagen in Aussicht gestellt worden. Die neue Bundesregierung, egal in welcher Konstellation, werde diesbezüglich sicherlich einiges auf den Weg bringen.

Die erkennbare Tendenz, grundsätzlich von einer geschlechtlichen Selbstbestimmung schon in einer vulnerablen Lebensphase ab dem 14. Lebensjahr auszugehen, werde von der Fraktion der AfD als absolut fahrlässig angesehen. Zu Recht gebe es für Kinder und Jugendliche auch für andere Handlungsspielräume viele Einschränkungen, weil davon ausgegangen werde, dass sie nicht in der Lage seien abzuschätzen, welche Auswirkungen mit bestimmten Entscheidungen auf ihr weiteres Leben verbunden seien. Aus der Sicht der Fraktion der AfD seien Kinder und Jugendliche absolut damit überfordert, ab dem 14. Lebensjahr ohne Inanspruchnahme von therapeutischer Unterstützung und ärztlicher Beratung und ohne Einbeziehung der Eltern eine Geschlechtsänderung vornehmen zu lassen.

Derzeit träten verstärkt Transpersonen in Fernsehsendungen auf. Zugleich nehme dieser Personenkreis über Idole zusätzlich eine Vorbildfunktion ein. Dies sei wohl die Ursache, weshalb bei Kindern und Jugendlichen das Interesse enorm gestiegen sei, sich einer medizinischen Behandlung zu unterziehen, um ihr Geschlecht ändern zu lassen. Wenn Kinder- und Jugendschutz ernstgenommen werde, sollte diese Entwicklung kritisch begleitet werden.

Vom Abg. Frank Müller sei im Plenum argumentiert worden, es gehe nicht um ideologische Grundsätze, sondern den Betroffenen solle geholfen werden. Von der Abg. Josefine Paul sei jedoch deutlich zum Ausdruck gebracht worden, dass es dabei schon um die Selbstbestimmungsideologie gehe. Von der Fraktion der AfD werde die Auffassung vertreten, damit sei eine Überforderung der Kinder und Jugendlichen verbunden. Es sei sehr wichtig, über solche Schritte gründlich nachzudenken und die Begutachtung, die vom Bundesverfassungsgericht nicht infrage gestellt worden sei, nicht per se als pathologisierend in Verruf zu bringen, sondern hervorzuheben, dass dadurch die betroffene Person in der Richtigkeit ihrer Entscheidung bestärkt werden solle.

In den vergangenen 20 Jahren habe es sehr viele Transpersonen in ihrem Umfeld gegeben. Für die meisten Personen habe dies bedeutet, einen sehr schwerwiegenden Weg zu gehen. Mit Sicherheit sei nicht von allen Personen die richtige Entscheidung getroffen worden.

Es handle sich um ein absolutes Tabuthema. Von den Verbänden würden Berichte mit der Begründung abgelehnt, diese seien nicht zielführend und würden konservativen Gruppen und Evangelikalen in die Hände spielen. Deshalb sei es wichtig, sich bewusst zu sein, dass die Entwicklung in eine falsche Richtung gehen könne, obwohl der Ansatz vom Grunde her gut gemeint sei. Auf der einen Seite stünden mehr Rechte, rechtliche Klarstellung, mehr Unterstützung und der Kampf gegen die Diskriminierung von Transpersonen, aber auf der anderen Seite die überbordende Tendenz, jeder könne schon ab dem 14. Lebensjahr über eine Geschlechtsänderung entscheiden.

Über so weitreichende gesetzliche Änderungen, von denen ein so starker Einfluss auf den Mensch ausgehe, sollte nach ihrer Ansicht auch auf Landesebene gesprochen werden.

Frank Müller (SPD) bezeichnet es als schwierig, wie mit dem Antrag, dessen Inhalt und den Ausführungen seiner Vorrednerin umgegangen werden solle. Es wäre erforderlich gewesen, den Antrag anders zu formulieren, wenn es nur um den Hinweis gehe, dass eine Transition nicht einfach sei. Dies werde von niemandem bestritten.

Er halte an seiner in der Plenardebatte geäußerten Auffassung fest, dass beabsichtigt sei, mit dem Antrag gewisse Bilder zu erzeugen. Dies sei auch wieder durch die Ausführungen seiner Vorrednerin deutlich geworden, die von Selbstbestimmungsideologie gesprochen habe. Zur Selbstbestimmung über die eigene Person sehe er keine Alternative in einer demokratisch verfassten Gesellschaft, die zum Teil natürlich auch fremdbestimmt sei. Insofern sei es bemerkenswert, wenn die Vorstellung bestehe, das Individuum ordne sich unter.

Von seiner Vorrednerin sei der Eindruck erweckt worden, aufgrund der vorliegenden Anträge sei nach einer Reform des TSG eine Transition sehr einfach möglich, indem einfach nur geäußert werden müsse, ab morgen wolle man sein Geschlecht ändern. Eine solche Vorstellung bewege sich jenseits des Diskurses. Selbstverständlich seien eine enge Begleitung und Unterstützung durch die Angehörigen erforderlich. Ebenso sei eine therapeutische Begleitung erforderlich, weil dies keine Entscheidung sei, die egal in welchem Alter einfach einmal im Vorbeigehen getroffen werde.

Der eigentliche Skandal sei aber, dass die Fraktion der AfD Kinder, die sich im falschen Körper fühlten, einem hohen psychischen Druck aussetzen wolle. Deshalb müssten Kinder davor geschützt werden, grundlegende psychische Schäden zu erleiden, wenn ihnen entsprechende Schritte verwehrt würden.

Die Problemstellung ergebe sich nicht erst bei der Transition. Heute müssten zunächst einmal sehr viele rechtliche Hürden überwunden und hohe Beträge gezahlt werden, um durch eine Namensänderung die eigene Identität dokumentieren zu können. Dieser Sachverhalt werde von der Fraktion der AfD völlig unterschlagen. Vielmehr werde unterstellt, es existiere eine Ideologie, nach der das Geschlecht nur eben einmal im Vorbeigehen geändert werden könne. Das Gegenteil sei der Fall.

Die von seiner Vorrednerin angesprochenen Vorbilder seien möglicherweise auch darauf zurückzuführen, dass man inzwischen in einer Gesellschaft lebe, in der der Auftritt solcher Personen heute eher möglich sei als früher. Seine Vorrednerin sollte einmal darüber nachdenken, ob nicht durch die Veränderung der Gesellschaft ein anderes Klima entstanden sei, um eine solche Entscheidung treffen zu können.

Josefine Paul (GRÜNE) stellt klar, Selbstbestimmung sei nie eine Ideologie, sondern sie sei menschenrechtlich und verfassungsrechtlich verbrieft. Das Bundesverfassungsgericht habe große Teile des TSG für verfassungswidrig erklärt. Dem verbrieften Recht auf Selbstbestimmung und der Tatsache, dass das TSG in der bestehenden Form nicht haltbar sei, trügen die angesprochenen Gesetzentwürfe auf Bundesebene Rechnung. Zur Situation dieser Menschen sei von ihrem Vorredner schon alles gesagt worden. Sie sei froh, dass sie in einer offenen Gesellschaft lebe, in der es möglich sei, in Vielfalt zu leben und selbst Vielfalt zu leben, auch wenn der Fraktion der AfD dies scheinbar ein bisschen zu weit gehe.

Jörn Freynick (FDP) gibt den Hinweis, das Transsexuellengesetz in seiner jetzigen Form helfe den Kindern ebenfalls nicht weiter. Es sei beispielsweise durch eine weitreichende Änderung des Personenstandsrechts eine Modernisierung im Sinne einer offenen Gesellschaft erforderlich.

Mit dem vorliegenden Antrag werde der Eindruck erweckt, als wenn es immer wieder zu schwerwiegenden Fehldiagnosen kommen werde, wenn es um das Thema „Transition“ gehe. Dies treffe nicht zu und könne auch empirisch nicht belegt werden. Vielmehr könne er empirisch das Gegenteil belegen. Der Anteil belaufe sich nämlich auf maximal 1 %. Insofern stelle sich bei einem verschwindend geringen, nicht beachtenswerten Teil die getroffene Entscheidung als Fehlentscheidung heraus. Die Hürden seien sehr hoch, indem es derzeit erforderlich sei, zwei Gutachten vorzulegen. Dabei würden intimste Fragen gestellt, die in gewisser Form schon beschämend seien, da der Staat zunächst einmal unterstelle, die Person sei psychisch gestört. Dies entspreche nicht einer offenen Gesellschaft.

Es müsse auch schon in frühen Lebensjahren möglich sein, die Frage des Geschlechts zu thematisieren. Hierzu müsse eine gesetzliche Regelung gefunden werden. Ein sehr gelungener Vorschlag der Bundestagsfraktion der FDP liege dazu auf dem Tisch. Die weitere Entwicklung müsse nun abgewartet werden.

Vor diesem Hintergrund könne die Fraktion der FDP dem Antrag nicht zustimmen.

Britta Oellers (CDU) bezeichnet das Thema als wichtig, aber der Antrag sei von der AfD auf der falschen Ebene gestellt worden, da ein Bundesgesetz betroffen sei. Alle demokratischen Parteien auf Bundesebene seien sich darin einig, dass Reformbedarf bestehe. Im Landtag Nordrhein-Westfalen sei der Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.

8 Zukunft der Care-Arbeit in NRW sichern – Fachkräftemangel jetzt bekämpfen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14256

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – sowie an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen am 01.07.2021)

Josefine Paul (GRÜNE) beantragt die Durchführung einer Anhörung.

Vorsitzender Wolfgang Jörg schlägt vor, Einzelheiten im Zuge einer kurzen Obleuterunde im Anschluss an die heutige Ausschusssitzung festzulegen.

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen.

9 Trauma „Verschickungskind“. Verschickt um gesund zu werden – Demütigung und Gewalt gegen Kinder in Kinderheilanstalten

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 17/11175

Ausschussprotokoll 17/1441

Stellungnahmen

17/4054, 17/3988, 17/3990,

17/3989, 17/3976, 17/3975,

17/3982, 17/3984, 17/3973,

17/3974, 17/3944

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 07.10.2020)

Dr. Dennis Maelzer (SPD) geht rückblickend davon aus, dass es gut gewesen sei, die Anhörung in Präsenz durchzuführen. Dies habe zwar zu einer Verzögerung der Behandlung des Antrags geführt, aber allen Fraktionen sei wichtig gewesen, die Betroffenen in einer persönlichen Begegnung zu Wort kommen zu lassen.

Nach seiner Einschätzung seien alle an der Anhörung teilnehmenden Ausschussmitglieder von der Anhörung sehr beeindruckt gewesen. Dies gelte zum einen für die Ausführungen der Betroffenen, die ihre Schicksale zum Teil sehr detailreich geschildert hätten. Zum anderen habe ihn die Haltung der eingeladenen Expertinnen und Experten positiv beeindruckt. Alle betroffenen Institutionen hätten ihre Bereitschaft erklärt, an der Aufarbeitung und Aufklärung mitzuwirken. Dies sei nach seiner Ansicht ein wichtiges Signal gewesen, das von der Anhörung ausgegangen sei.

Aufgabe des Parlaments sei es nun, die Möglichkeit zu schaffen, diese Bereitschaft zu bündeln, damit die Angelegenheit positiv nach vorne getragen werden könne.

Den Ausschussvorsitzenden sei er dankbar, dass von diesen im Nachgang zur Anhörung Signale an die kommunalen Spitzenverbände ausgesandt worden seien, von denen daraufhin eine Mitwirkung zugesagt worden sei. Nach seinem Eindruck sei es gerade von den Betroffenen als störend empfunden worden, dass die kommunale Seite in der Anhörung nicht anwesend gewesen sei. Deshalb sei die im Nachhinein von den kommunalen Spitzenverbänden zugesagte Mitwirkung wichtig.

Über die Anhörung sei es möglich gewesen, aus verschiedenen Perspektiven Erkenntnisse zu erlangen. Aus seiner Sicht liege bei Nordrhein-Westfalen als dem größten Bundesland die Verantwortung, an der Aufklärung mitzuwirken und dabei Unterstützungsarbeit zu leisten. Dies gelte auch für die wissenschaftliche Ebene. So seien in der Anhörung Hinweise gegeben worden, wie Bürgerforschung stärker unterstützt werden könne, um daraus ein größeres Gesamtbild entwickeln zu können.

Vonseiten der Betroffenenorganisationen sei der Appell gekommen, sich entweder dem Antrag der Fraktion der SPD in vollem Umfang anzuschließen oder ein gemeinsames Papier auf der Grundlage des Antrags der Fraktion der SPD zu formulieren. Gestern habe er sich in den Livestream des Gesundheitsausschusses zugeschaltet, in dem die Aussage getroffen worden sei, dass ein solcher Weg beschritten werden solle. Es würde ihn freuen, wenn es gelinge, ein parteiübergreifendes Papier zu formulieren. Dies entspreche nach seinem Eindruck der Erwartungshaltung, die gegenüber dem Landtag bestehe. Damit ginge zu einem Sachverhalt, der sich nicht parteipolitisch zuordnen lasse, ein sehr gutes Zeichen vom Landtag Nordrhein-Westfalen aus.

Josefine Paul (GRÜNE) ist der Meinung, von einem fraktionsübergreifenden gemeinsamen Antrag ging ein gutes Signal aus. In ihm sollten die in der Anhörung herausgearbeiteten Punkte enthalten sein. Nach ihrem Eindruck sei für die Betroffenen wichtig, dass an sie das Signal ausgesandt werde, dass sie nun endlich gehört werden. Vor dem Hintergrund des dahinter stehenden Leids und bisherigen Hilflosigkeit der Betroffenen sei dieses Signal sehr wichtig.

In der Anhörung sei aber auch erkennbar gewesen, dass sich alle ihrer Verantwortung bewusst seien und die Bereitschaft bestehe, zur Aufklärung beizutragen. Wenn es nun gelinge, die gegebenen Hinweise zu nutzen, um Aufklärung zu betreiben, sei dies sehr positiv. Auch die Forderung aus dem Kreis der Betroffenen nach einem runden Tisch sei für sie nachvollziehbar und ebenfalls positiv zu bewerten. Es sei wichtig, mit den Betroffenen und nicht nur über sie zu sprechen. Nur so könne eine gute Aufarbeitung gelingen.

Charlotte Quik (CDU) ist dankbar, dass es möglich gewesen sei, die Anhörung in Präsenz durchzuführen. Dies sei gegenüber dem Thema angemessen gewesen.

Für die Mitglieder dieses Ausschusses sei es schwer zu ertragen gewesen zu hören, welches Leid Kinder in diesem Land erleiden mussten. Sehr eindrucksvoll sei aber auch gewesen, wie sehr die Betroffenen noch heute unter dieser recht kurzen Phase ihres Lebens leiden müssten. Daran sei deutlich geworden, wie wichtig es sei, dass sich der Landtag Nordrhein-Westfalen mit dieser Thematik in Würde und Respekt auseinandersetze und die notwendige Unterstützung leiste.

Auch nach ihrer Einschätzung sei sich der Großteil der Anwesenden ihrer Eigenverantwortung durchaus bewusst gewesen und habe eine Bereitschaft zur Aufarbeitung erkennen lassen. Verwundert habe sie die gelegentlich zum Ausdruck gebrachte Ansicht, man müsse die Kirche im Dorf lassen, und das sei in der damaligen Zeit so gewesen. Deshalb müsse sehr genau darauf geachtet werden, eine Betrachtung vor dem Hintergrund der damaligen gesellschaftlichen Gegebenheiten vorzunehmen. Man dürfe nicht dem Trugschluss verfallen, dass das, was heute Unrecht sei, auch damals Unrecht gewesen sei. Sie gehe allerdings davon aus, dass sich alle Abgeordnete dieser Verantwortung bewusst seien.

Es sei richtig, den gemeinsam eingeschlagenen Weg weiter zu beschreiten. Insofern bestehe aufseiten der Fraktion der CDU große Bereitschaft, in der nächsten Ausschusssitzung zu einem gemeinsamen Votum zu kommen. Vermutlich werde an der einen oder anderen Stelle noch ein wenig Textarbeit geleistet werden müssen, weil aufgrund der Anhörung weitere Erkenntnisse gewonnen werden konnten, die berücksichtigt werden sollten.

Verwundert habe sie die diesbezüglich gestern von der Fraktion der SPD über die Presse ergangene Aufforderung, obwohl diese Bereitschaft vonseiten der Fraktion der CDU durchaus bereits zum Ausdruck gebracht worden sei. Im Sinne der Sache sei es nicht zielführend, Punkte, die bereits auf persönlicher Ebene geklärt worden seien, öffentlich zu adressieren. Dies sei aber kein Hinderungsgrund, den bereits eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Insofern freue sie sich über die weitere Debatte im Ausschuss.

Jörn Freynick (FDP) kann sich dem bisher Gesagten anschließen. Die Anhörung habe ihn aufgrund der erschreckenden Schilderungen persönlich sehr berührt. Bemerkenswert sei, dass es sehr viel staatliches Handeln gegeben habe und viele Institutionen bei diesem Handeln eine Rolle spielten. Diese Rolle dürfe nicht unterschätzt werden, da das Handeln in Rathäusern und Sozialämtern zu einer besonderen Sichtweise bei den Bürgern führe. Damit sei eine Legitimation verbunden, die nicht ohne Weiteres weggedacht werden könne. Insofern seien die Sachverhalte häufig zunächst einmal in einem anderen Licht gesehen worden. Schilderungen von Kindern seien nicht geglaubt worden, wodurch sich die Gesamtlage verschlimmert habe. Deshalb sei das Auftreten von tiefgreifenden psychischen Problemen nicht verwunderlich.

Auch aus der Sicht der Fraktion der FDP müsse die Aufarbeitung vorangetrieben werden, um die Rolle des Staats genau aufarbeiten und festzustellen, was damals falsch gelaufen sei und welche Sichtweise damals geherrscht habe. Dies sei man den Opfern und auch deren Angehörigen schuldig, die vermutlich auch in irgendeiner Weise darin verwickelt gewesen seien. Deshalb sei es richtig, in Gesprächen einen gemeinsamen Antrag zu formulieren, um diesen dann in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses beschließen zu können.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD) ist ebenfalls der Auffassung, die Anhörung sei sehr eindrucksvoll gewesen. Der Fraktion der SPD sei sie für die ergriffene Initiative dankbar. Die Einbringung eines gemeinsamen Antrags würde sie begrüßen.

Die aktuelle Situation, in der Betroffene auf sich allein gestellt seien und ihnen der Zutritt zu Archiven usw. verwehrt werde, sei natürlich haltlos. Erschreckend sei, dass die Zustände bis in die 90er-Jahre hinein anhielten. Zu diesem Zeitpunkt sei schon lange eine Verabschiedung von der sogenannten schwarzen Pädagogik erfolgt. Nachdem sogar noch in der Gegenwart von der Behandlung von Kindern mit sedierenden Medikamenten gesprochen werde, sei es sehr wichtig, das Thema nicht nur im Sinne einer Vergangenheitsbewältigung aufzugreifen, sondern es auch als Auftrag verstanden werde zu beobachten, was aktuell in Kinder- und Jugendgruppen, in der Kinder- und Jugendpsychiatrie usw. geschehe. Sie habe nämlich die Befürchtung, dass es in

diesem Bereich immer noch Schwarze Schafe gebe. Kinder seien nun einmal das schwächste Glied in der Kette und immer Untergebene. Wenn sie dann noch erkrankt und von Eltern oder anderen Fürsprecher getrennt seien, gestalte sich die Situation sehr schwierig. Oft werde den Schilderungen der Kinder kein Glauben geschenkt.

Vorsitzender Wolfgang Jörg schlägt vor, den Tagesordnungspunkt erneut auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses am 28. Oktober 2021 zu nehmen, um bis dahin die Möglichkeit einzuräumen, einen gemeinsamen Antrag einzubringen.

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt erneut auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses am 28. Oktober 2021 zu nehmen.

10 Betreuungssituation der Kinder und Jugendlichen nach der Umwetterkatastrophe *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5638

Josefine Paul (GRÜNE) bezieht sich auf Seite 4 des Berichts, auf der dargestellt werde, welche niedrigschwelligen gruppenpsychotherapeutischen Angebote es gebe, aber es noch keine spezifischen therapeutische Angebote für Kinder und Jugendliche gebe. Ergänzend bitte sie um Auskunft, ob es Unterstützung für Lehrkräfte, Erziehungspersonal und in der Jugendarbeit tätigen Menschen gebe, weil diese möglicherweise doppelt belastet seien. Einerseits müssten sie den Situationen von Kindern in den Einrichtungen gerecht werden, und andererseits seien sie selbst Betroffene. .

StS Andreas Bothe (MKFFI) teilt mit, es werde derzeit versucht, den Bedarf über die existierenden Regelsysteme abzudecken. Sollte sich darüber hinaus ein Bedarf ergeben, werde gegebenenfalls nachgesteuert.

11 Stand Personal- und Qualifizierungsoffensive der Landesregierung *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5636

In Verbindung mit:

13 Auswirkung der Flugkatastrophe auf die Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe und der Angebote der Familienbildung und -beratung in NRW *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5638

Dr. Dennis Maelzer (SPD) schlägt vor, die Aussprache zu den beiden Tagesordnungspunkten auf die nächste Sitzung des Ausschusses zu vertagen.

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu den beiden Tagesordnungspunkten auf die nächste Sitzung des Ausschusses zu vertagen.

12 Resolution des Rates der Stadt Herne (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5621

– keine Wortbeiträge

14 Behandlung von Kindern mit sedierenden Medikamenten (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5619

Dr. Dennis Maelzer (SPD) dankt für den Bericht und fragt, ob das Landesjugendamt Rheinland heute vertreten sei. Nachdem dies offenbar nicht der Fall sei, bitte er, diesen Tagesordnungspunkt in die Tagesordnung für die nächste Sitzung des Ausschusses noch einmal aufzunehmen und zu dieser Sitzung auch eine Vertreterin bzw. einen Vertreter des Landesjugendamts Rheinland einzuladen, weil er noch einige Fragen habe, die möglicherweise zum Teil aber auch schon StS Andreas Bothe beantworten könne.

Vom Landesjugendamt Rheinland sei die Aussage getroffen worden, es habe die Zusammenarbeit mit Dr. Winterhoff bereits vor einiger Zeit eingestellt. Er bitte um Auskunft, ab wann diese Zusammenarbeit eingestellt worden sei und wodurch diese Entscheidung ausgelöst worden sei. Es werde davon gesprochen, dass die pädagogischen Einschätzungen des Mediziners vom Landesjugendamt Rheinland in dieser Form nicht geteilt worden seien. Nachdem die pädagogischen Einschätzungen von Dr. Winterhoff schon seit einem relativ langen Zeitraum bekannt seien, sei für ihn von Interesse, ob dies der ausschlaggebende Grund gewesen sei, die Zusammenarbeit einzustellen.

Das Landesjugendamt Rheinland sei als Aufsichtsbehörde für eine Vielzahl von Jugendheimen zuständig. Nachdem vom Landesjugendamt Rheinland die Zusammenarbeit mit Dr. Winterhoff eingestellt worden sei, frage er, ob die Einrichtungen der Jugendhilfe über die Entscheidung des Landesjugendamts Rheinland informiert worden seien, damit für diese die Möglichkeit bestanden habe, ihr eigenes Handeln daran auszurichten.

Wichtig sei für ihn die Frage, wie die Aufsicht in diesen Fällen funktioniere. Er bitte darzulegen, ob das Landesjugendamt Rheinland proaktiv vor Ort tätig werde oder beispielsweise die Jugendämter vor Ort beauftrage. Da vor Ort eine gewisse Nähe bestehe, sei möglicherweise ein Blick von außen zielführender als wenn das örtliche Jugendamt tätig werde.

Ferner bitte er um Auskunft, ob in Einrichtungen, für die das Landesjugendamt Rheinland eine Aufsichtsfunktion habe, heute noch Kinder mit sedierenden Medikamenten in der von Dr. Winterhoff praktizierten Methode behandelt werden oder ob zumindest ein Moratorium statfinde. Ferner frage er, ob in solchen Fällen inzwischen zumindest eine Zweitmeinung eingeholt worden sei.

Anhand der Dokumentation und auch aufgrund von zugegangenen Hinweisen sei erkennbar, dass gegenüber Eltern oder Pflegeeltern der Vorwurf der Gefährdung des Kindeswohls erhoben worden sei, wenn sich diese gegen eine Behandlung ihrer Kinder mit sedierenden Medikamenten zur Wehr setzten. Zum Teil hätten dann auch Kindesentziehungen stattgefunden. Er frage, ob bekannt sei, in welcher Dimension sich

diese Fälle bewegten. Darüber hinaus bitte er darzulegen, ob dies aus der Sicht der Landesregierung oder dem Landesjugendamt Rheinland ein Problem darstelle, weil der Eindruck bestehe, dass in dieser Situation ein Autoritätsgefälle bestehe, nämlich der prominente Arzt gemeinsam mit dem Jugendamt gegen die Eltern oder die Pflegeeltern. Dann würde sich die Situation, wie sie auch im Bericht beschrieben werde, dass es für die Eltern bzw. die Pflegeeltern möglich sei, eine solche Behandlung zu verweigern, in der Praxis nicht ergeben.

Vorsitzender Wolfgang Jörg bezieht sich auf die Bitte, den Tagesordnungspunkt wieder auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung des Ausschusses zu nehmen und leitet daraus ab, für die Landesregierung bestehe die Möglichkeit, die Fragen, die sie heute nicht mündlich beantworten könne, bis dahin schriftlich zu beantworten.

Das Landesjugendamt Rheinland könne der Ausschuss jedoch nur im Rahmen einer Anhörung einladen. Deshalb müsse es dem Ministerium überlassen werden, ob das Landesjugendamt Rheinland in der nächsten Sitzung des Ausschusses vertreten sein werde.

StS Andreas Bothe (MKFFI) sagt zu, in der nächsten Sitzung des Ausschusses werde das Landesjugendamt Rheinland vertreten sein.

Die Landesregierung nehme die Angelegenheit sehr ernst und werde den Sachverhalt, der noch nicht abschließend feststehe, auch dahin gehend überprüfen, ob möglicherweise politischer oder auch gesetzgeberischer Handlungsbedarf bestehe und beispielsweise im Kinder- und Jugendhilferecht ein sogenannter blinder Fleck zu beseitigen sei. Jedoch bitte er um Verständnis, wenn er zu den zuvor aufgeworfenen Tatsachenfragen über den schriftlichen Bericht hinaus heute keine Aussagen treffen könne. Dies gelte insbesondere für die Frage, wann das Landesjugendamt Rheinland die Zusammenarbeit mit Dr. Winterhoff eingestellt habe, welche Gründe dafür ausschlaggebend gewesen seien und wie diese Entscheidung kommuniziert worden sei. Zu diesen Fragen könne in der nächsten Sitzung des Ausschusses mündlich vorgetragen oder auch im Vorfeld zum vorliegenden Bericht schriftlich ergänzend berichtet werden.

Allerdings gebe er zu bedenken, dass es sich um schwierige medizinische Fragen handle. Im Hinblick auf die medizinische Seite des Falles unterliege Dr. Winterhoff in berufsrechtlicher Hinsicht der Aufsicht der Ärztekammer. Die Aufsicht über die Ärztekammer wiederum führe das MAGS. Heute sei eine Vertreterin des MAGS anwesend, die möglicherweise seine Ausführungen ergänzen könne. Ansonsten schlage er vor, die gestellten Fragen in der nächsten Sitzung des Ausschusses zu beantworten.

Vorsitzender Wolfgang Jörg äußert die Bitte, im Rahmen des Möglichen die offenen Fragen bereits im Vorfeld zur nächsten Sitzung des Ausschusses schriftlich zu beantworten.

RB'e Isil Ceylan (MAGS) bittet, die Beantwortung der Fragen auf die nächste Sitzung des Ausschusses zu verschieben, da die zuständige Kollegin heute nicht anwesend sei.

Die Beratungen werden auf die nächste Sitzung des Ausschusses vertagt.

16 Verschiedenes

– keine Wortbeiträge

gez. Wolfgang Jörg
Vorsitzender

3 Anlagen

15.11.2021/16.11.2021

10



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PLATZ DES LANDTAGS 1, 40221 DÜSSELDORF

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Familie,
Kinder und Jugend
Herrn Wolfgang Jörg

– Im Haus –

Josefine Paul MdL

Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik
Sprecherin für Frauen- und Queerpolitik
Sprecherin für Sportpolitik

Mitarbeiter: [REDACTED]

Anschrift: Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-[REDACTED]

E-Mail: [REDACTED]@landtag.nrw.de

6. August 2021

Berichtswunsch für die Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 2. September 2021

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantrage ich für die kommende Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 2. September 2021 einen mündlichen und schriftlichen Bericht der Landesregierung:

Betreuungssituation der Kinder und Jugendlichen nach der Unwetterkatastrophe

Bei der Unwetterkatastrophe um den 14. Juli 2021 sind in Nordrhein-Westfalen 47 Menschen ums Leben gekommen, viele haben von jetzt auf gleich ihr Zuhause verloren und ganze Orte sind nicht mehr wiederzuerkennen. Von den Hochwasserschäden sind auch Kitas, Tagespflegestellen, Familien- und Jugendzentren betroffen. Mitunter sind auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Einrichtungen von der Katastrophe betroffen. Neben den Aufräumarbeiten und den Planungen des Wiederaufbaus spielt für die betroffenen Kinder und Erwachsene auch die Verarbeitung der Ereignisse eine große Rolle. In dem Zusammenhang bitten wir die Landesregierung um einen Bericht zur aktuellen Lage der Betreuung von Kindern und Jugendlichen in den von der Katastrophe betroffenen Gebieten unter besonderer Berücksichtigung der folgenden Fragen:

1. Ist der Betrieb von Kitas und Tagespflegestellen sichergestellt?
2. Welche Betreuungsangebote finden zusätzlich für Kinder und Jugendlichen statt?
3. Gibt es Angebote der psychosozialen Betreuung für Kinder und Jugendliche?
4. Welche Unterstützung leistet die Landesregierung bei Wiederaufbau bzw. notwendigen Provisorien sowie der (psychosozialen) Unterstützung?

Mit freundlichen Grüßen



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PLATZ DES LANDTAGS 1, 40221 DÜSSELDORF

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Familie,
Kinder und Jugend
Herrn Wolfgang Jörg

– Im Haus –

Josefine Paul MdL

Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik
Sprecherin für Frauen- und Queerpolitik
Sprecherin für Sportpolitik

Mitarbeiter: [REDACTED]

Anschrift: Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-[REDACTED]

E-Mail: [REDACTED]@landtag.nrw.de

20.08.2021

Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 2. September 2021

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN melde ich folgende
Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am
2. September 2021 an:

- I. **Stand Personal- und Qualifizierungsoffensive der Landesregierung**
- II. **Resolution des Rates der Stadt Herne**

Im Einzelnen:

- I. **Schriftlicher Bericht „Stand Personal- und Qualifizierungsoffensive der Landesregierung“**

Im Juni 2021 stellte die Landesregierung kurzfristig ihre sog. Personal- und Qualifizierungsoffensive im Bereich der frühkindlichen Bildung vor. Dabei sollen Interessierte die Möglichkeit haben, sich in einer praxisintegrierten Ausbildung zur bzw. zum staatlich anerkannten Erzieherin bzw. Erzieher, zur bzw. zum staatlich geprüften Kinderpflegerin bzw. Kinderpfleger oder zur Assistentkraft im nichtpädagogischen Bereich qualifizieren zu lassen. Im Rahmen des Programms werden die Arbeitgeber mit rund 55 Millionen Euro unterstützt. Gleichzeitig beendet die Landesregierung trotz andauernder Corona-Pandemie und der daraus benötigten Hygieneschutzmaßnahmen ihr Kita-Helferprogramm.

Die Landesregierung wird gebeten, sich in ihrer Berichterstattung insbesondere auf folgende Fragen zu beziehen:

1. Wie viele Fachschul-Standorte existieren in NRW, wo eine Ausbildung zur Kinderpflegerin bzw. zum Kinderpfleger absolviert werden kann?

2. Wann ist das MKFFI mit dem MSB und den Fachschulen hinsichtlich des möglichen Mehrbedarfs an Schulplätzen durch die sog. Personal- und Qualifizierungsoffensive ins Gespräch gegangen? Bis wann wurde nach möglichen Schulstandorten gesucht?
3. Wie viele Anträge für wie viele Personen wurden für die Teilnahme an der sog. Personal- und Qualifizierungsoffensive gestellt? Wie viele Anträge wurden bewilligt und abgelehnt?
4. Werden die zur Verfügung gestellten 55 Millionen Euro für die auf drei Säulen fußende Personal- und Qualifizierungsoffensive vollständig gebraucht? Welcher Anteil wird für das Jahr 2021 vorgesehen?
5. Ist die sog. Personal- und Qualifizierungsoffensive dauerhaft angelegt?
6. Welche Effekte erwartet die Landesregierung durch die sog. Personal- und Qualifizierungsoffensive für den Fachkräftebedarf in der frühkindlichen Bildung?
7. Wird es vor dem Hintergrund der andauernden Pandemie eine Neuauflage des Alltagshelferprogramms geben? Wenn nein, was hat sich im Vergleich zu 2020 grundlegend verändert?
8. Wann wird der zweite Standort zur Ausbildung von Lehrkräften für Fachschulen zur Ausbildung von Erzieherinnen bzw. Erziehern und Kinderpflegerinnen bzw. Kinderpflegern eröffnet?

II. Schriftlicher Bericht „Resolution des Rates der Stadt Herne“

In seiner Sitzung am 29. Juni 2021 hat der Rat der Stadt Herne eine Resolution verabschiedet, in der er die Landes- und Bundesregierung auffordert, sich für eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung in Höhe von mindestens 500,- Euro pro Monat schnellstmöglich einzuführen.

Die Landesregierung wird gebeten, sich in ihrer Berichterstattung insbesondere auf folgende Fragen zu beziehen:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Resolution des Rates der Stadt Herne?
2. Wird die Landesregierung die Resolution zum Anlass nehmen, um eine Bundesratsinitiative anzugehen?
3. Wie positioniert sich die Landesregierung zu einer bedarfsgerechten Kindergrundsicherung? Betrachtet die Landesregierung die Kindergrundsicherung als eine wirksame Maßnahme, um gegen Kinder- und Jugendarmut vorzugehen?

Mit freundlichen Grüßen





SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend
Herrn Wolfgang Jörg MdL
- per E-Mail -
nachrichtlich



DENNIS MAELZER
Familienpolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2158
F 0211.884-3185
EMail dennis.maelzer@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

20.08.2021

Beantragung von TOPs für die Sitzung am 02.09.2021

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende Berichtspunkte für die kommende Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie am 2. September 2021:

1. Auswirkung der Flutkatastrophe auf die Arbeit der Kinder und Jugendhilfe und der Angebote der Familienbildung und -beratung in NRW.

Wir bitten die Landesregierung im Bericht auf folgende Punkte besonders einzugehen:
-Wie viele Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sind durch die Flutkatastrophe beschädigt worden?

- Wie stark sind die Schäden in den einzelnen Einrichtungen?
- Wie kann in den Gebieten die frühkindliche Bildung und der Kinderschutz gewahrt bleiben?
- Welche Maßnahmen werden seitens des Landes ergriffen, um schnellstmöglich die Schäden zu beseitigen?
- Welche Maßnahmen zur Bewältigung des Erlebten werden ergriffen?

2. Behandlung von Kindern mit sedierenden Medikamenten

Laut Presseberichten wird Michael Winterhoff vorgeworfen, Kinder und Jugendliche über lange Zeiträume und ohne Einverständnis und Wissen der Eltern oder Sorgeberechtigten medikamentös behandelt zu haben.

Wir bitten die Landesregierung in ihrem Bericht auf folgende Punkte besonders einzugehen:

- Ab wann waren die staatlichen Stellen, Landesregierung, Fachministerien, Landesjugendämter und betroffene Jugendämter über die Vorwürfe informiert?
- Wann wurden Maßnahmen ergriffen?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



- Was tut die Landesregierung, um – besonders für Kinder, die sich in staatlicher Aufsicht befanden – Aufklärung zu betreiben?
- Welche Konsequenzen wurden bisher gezogen?

3. Luftfilter – Sachstand des Programms

Wir bitten die Landesregierung in ihrem Bericht besonders auf folgende Punkte einzugehen:

- Wie ist der Umsetzungsstand des Förderprogramms?
- Nach welchen Förderkriterien können Kitas Luftfiltergeräte erhalten?
- Plant das Land die Einhaltung der Förderkriterien vor Ort in den Kitas nachzuprüfen?
- Mit einem Bedarf von wie vielen Geräten rechnet das Land?
- Wann ist mit einer Auslieferung der Geräte zu rechnen?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dennis Maelzer